



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 43, April 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

Irans Verteidigungsminister: Ruhe im Nahen Osten nur durch Abzug von US-Soldaten möglich

geschrieben am 11/04/2016



Der iranische Verteidigungsminister, Brigadegeneral Hossein Dehghan

Teheran (IRIB) – Der Nahe Osten kann nach Ansicht des iranischen Verteidigungsministers, Brigadegeneral Hossein Dehghan, erst nach Abzug der US-Truppen aus dieser Region Stabilität und Ruhe erleben.

Falls die Amerikaner für Wohlfahrt, Stabilität und Ruhe stehen sollten, hätten sie nur einen Weg und zwar, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, in diesen Ländern militärisch nicht präsent zu sein und die extremistischen Strömungen nicht zu unterstützen, so Brigadegeneral Hossein Dehghan.

Über die jüngsten Äusserungen des US-Aussenministers, John Kerry, in Bahrain sagte General Deghan: «Die Amerikaner haben sich bemüht, die Iranophobie zu verbreiten, um mehr Militärausrüstung an die Länder der Region verkaufen zu können.»



Quelle: <http://uncut-news.ch/usa/ruhe-im-nahen-osten-nur-durch-abzug-von-us-soldaten-moeglich/>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER

WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜRS VOLK!

FREI UND UNENTGELTICH

INSPIRIEREND

S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,

POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!

WELTGESCHEHEN UNTER

DER VOLKSLUPE

S&G



~ AUSGABE 18/16 ~
NEIN ZUR
EU-KNECHTSCHAFT

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Die Souveränität, Unabhängigkeit und Neutralität von Nationen stehen den Zielen der Architekten einer Neuen Weltordnung (NWO) diametral entgegen. Jedes traditionelle Nationalbewusstsein soll daher beseitigt werden. Dass die Schweiz im Herzen Europas weder der EU noch der NATO angehört, ist den Globalstrategen schon längst ein Dorn im Auge. Deshalb wird mit Hilfe der Mehrheit des Schweizer Bundesrates mit Hochdruck ein schleichen-der EU- sowie auch ein NATO-Beitritt vorangetrieben. Ein weiterer Dorn ist, dass die EU-freie Schweiz die EU in puncto Innovationskraft, Lebensqualität, geringer Schuldenlast, Stabilität und vielem mehr bei Weitem überflügelt. Dies könnte für die EU-Länder Vorbildcharakter haben und sie dazu animieren, der globalstrategisch gleichgeschalteten Brüsseler Diktatur den Rücken zu kehren. Das EU-Austritts-Volksbegehren in Österreich, die bevorstehende Abstimmung am 23.6.2016 in England über den Verbleib in der EU und die Volksentscheide in Dänemark vom 3.12.2015 und Holland vom 5.4.2016 (Ablehnung des EU-Abkommens mit der Ukraine), zeigen in aller Deutlichkeit, dass viele Europäer ihre ureigenste Souveränität wieder zurückerlangen wollen. Das sollte den Schweizern Grund genug sein, weder einen schleichenden noch den EU-Vollbeitritt zuzulassen!

Die Redaktion (brm.)

Schweizer Nationalrat will Rückzug des EU-Beitritts-gesuches

lr./br. Seit 1992 liegt das EU-Beitritts-gesuch der Schweiz in Brüssel. Der Nationalrat hatte nun am 1.3.2016 den Antrag des SVP-Nationalrates Lukas Reimann, das EU-Beitritts-gesuch zurückzuziehen, mit 126 zu 46 Stimmen angenommen. Reimann wertet dies als ein starkes Zeichen gegenüber der EU, vor allem auch hinsichtlich der laufenden Verhandlungen

mit der EU über das Rahmenabkommen. Solange das EU-Beitritts-gesuch in Brüssel deponiert ist, behandelt die EU die Schweiz bei Verhandlungen auch wie ein Land, das der EU offiziell beitreten will und nicht wie eine unabhängige, eigenständige Nation. Das ist beim Rahmenabkommen überdeutlich sichtbar, wo die EU von der Schweiz die Übernah-

me des EU-Rechts in fast allen Bereichen verlangt. Nur ohne EU-Beitritts-gesuch hat die Schweiz eine starke Verhandlungsposition. Darum ist der Entscheid des Nationalrates ein wichtiger Schritt. Doch gilt es weiterhin jeden Versuch der EU-Befürworter die Schweiz in die Abhängigkeit der EU zu drücken, mittels Information zu vereiteln! [1]

EU-Recht steht über nationalem Recht

rg. Der von der Mehrheit des Schweizer Bundesrates angestrebte Rahmenvertrag mit der EU, beinhaltet unter anderem die Anerkennung des EU-Gerichtshofes (EuGH). Der EuGH soll für die Schweiz bei Meinungsverschiedenheiten als höchste, unanfechtbare Entscheidungsinstanz gelten. Bundesrat Didier Burkhalter verbreitet jedoch stets die Meinung, dass die Entscheide des EU-Gerichtshofes grund-

sätzlich den Charakter von Gutachten hätten, also Empfehlungen gleich kämen, deren Umsetzung Sache der politischen Behörden sei. Dem widerspricht Koen Lenaerts, Präsident des EU-Gerichtshofes, entschieden. Er bekräftigt, dass die Entscheidungen des EuGH stets verbindliches Recht sind: „Selbst wenn wir ein Gutachten erstellen, dürfen EU-Vertreter nichts beschließen, das dem Gutachten

widerspricht.“ Zentrale Aufgabe des höchsten EU-Gerichts ist es also, den Vorrang von EU-Recht über alles nationale Recht in Europa verbindlich durchzusetzen.

Lenaerts Aussage legt somit offen, dass die Schweizer Öffentlichkeit mit der „Gutachten-Theorie“ des Bundesrates über die wahren Auswirkungen des Rahmenvertrages getäuscht wurde. [2]

Fremde Richter und Gesetze in der Schweiz unerwünscht

aso. Am 17.11.2015 hat die Basler Zeitung folgende Ergebnisse einer Umfrage publiziert: Bei der Frage, ob die Schweiz auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verzichten soll, um dadurch das Rahmenabkommen mit der EU zu ermöglichen, antworteten insgesamt 42 % mit Ja oder eher Ja. Wenn dieses Abkom-

men zur automatischen Übernahme von EU-Gesetzen und Verordnungen führt, bejahten nur noch 20 % mit Ja oder eher Ja. Ganz klar waren die Antworten auf die Frage, ob einem Rahmenabkommen mit der EU zugestimmt würde, welches dem EU-Gerichtshof den endgültigen Entscheid bei Meinungsverschiedenheiten zusi-

chert. Nur 4 % der Befragten sagten Ja und zusätzlich 14 % eher Ja. Fazit: „Fremde Richter“, die fremdes Recht verbindlich in der Schweiz geltend machen würden, sind in der Schweiz weiterhin sehr unpopulär. Ein Rahmenvertrag, der solches schriftlich festhalten würde, hätte beim Schweizer Souverän keine Chance. [3]

Dänemark erteilt der „EU-Diktatur“ eine Abfuhr

dd.fh. Am 3.12.2015 stimmten die dänischen Wähler dagegen, im Bereich Justiz und Inneres, in Zukunft enger mit der EU zusammenzuarbeiten. Bislang hatte Dänemark Sonderrechte u.a. im Bereich der Sicherheits-, Justiz- und Innenpolitik der EU. Da

jedoch die europäische Polizeizusammenarbeit Europol im Jahr 2016 international wird, laufen die Sonderrechte diesbezüglich aus. Nun sollte die neue Regelung in ein unübersichtliches Gesamtpaket mit 22 Bestimmungen integriert werden, wobei die Souve-

ränität an die EU abgetreten würde. Neben der Schwäche der EU generell, wie sie auch für Dänemark in den letzten Monaten in der Flüchtlingskrise deutlich wurde, war dieses Gesamtpaket einer der Hauptgründe für die

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] AUNS-Bulletin, März 2016, 180. Ausgabe | <http://auns.ch/zwei-erfolge-fuer-die-auns-eu-beitritts-gesuch-kommt-endlich-vom-tisch/> [2] NZZ, 9. 11.2015 | http://eu-no.ch/news/was-der-eugh-sagt-ist-absolut-verbindlich_113 [3] „Basler Zeitung“, 17.11.2015 | http://eu-no.ch/news/interessante-umfrage_107

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

Ablehnung der Vorlage. Dänemark möchte nun mit bilateralen Verhandlungen versuchen, eine Einigung zu finden. Doch wie ergeht es der Schweiz mit den bilateralen Verhandlungen über neue Abkommen? Die EU spricht Klartext: „Ohne Abschluss eines institutionellen

Rahmenvertrags (Gesamtpakets) gibt es keine neuen Abkommen.“ Denn: „Wer den kleinen Finger gibt“ – sprich eine bilaterale Einigung mit der EU sucht – „dem nimmt man die ganze Hand“ – sprich die Souveränität, indem die EU ein Gesamtpaket aufzuzwingen versucht. [4]

Protest erwirkt zweite Expertenanhörung

mw./ns. In der letzten Juniwoche 2015 war es den österreichischen Bürgern möglich, das EU-Austritts-Volksbegehren zu unterzeichnen. Weil die Medien das Volksbegehren verschwiegen, verteilten Tausende Bürger in Eigeninitiative Informationsmaterial. Dadurch wurden ca. eine Million Exemplare des Infoblattes von Hand zu Hand weiter gereicht. Das führte schließlich dazu, dass innerhalb einer Woche nicht nur die geforderten 100.000, sondern mehr als 260.000 Unterschriften zusammenkamen. Am 3.12.2015 kam es zu einer öffentlichen Expertenanhörung, die jedoch sehr unausgewogen war. Für die Parlamentsfraktion und deren Sprecher wurden 77 Minuten Redezeit zur Verfügung gestellt. Den Vertre-

tern des Volksbegehrens wurden jedoch nur dreizehn Minuten zugeteilt. Zudem erhielt Frau Inge Rauscher, Bevollmächtigte des Volksbegehrens, nur drei Minuten Redezeit. Sie nahm dies zum Anlass, gleich zu Beginn der Expertenanhörung deutlich zu markieren, dass diese gesamte Handhabung unzumutbar sei. Sie forderte eine ausgewogene Expertenanhörung, die den fachlichen Argumenten der Betreiber des EU-Austritts-Volksbegehrens und den dahinter stehenden Bürgern, über eine Viertelmillion, den nötigen Respekt zollt. Abschließend verließ sie aus Protest die Sitzung. Diese eindrucksvolle Haltung zeigte Wirkung und das Parlament berief eine zweite Expertenanhörung ein. [5]

Sieht so eine Demokratie in einem EU-Land aus?

mw./dd./br. Am 27.1.2016 fand die abschließende Behandlung des EU-Austritts-Volksbegehrens im österreichischen Nationalrat statt. Da zeigte sich, inwieweit die Abgeordneten wirklich daran interessiert sind, das EU-Austritts-Volksbegehren zu einer Volksabstimmung zu bringen. Bei der Debatte waren viele Abgeordnete entweder gar nicht anwesend oder sehr desinteressiert. Der Großteil spielte während der gesamten Sitzung mit dem Handy, unterhielt sich oder telefonierte sogar. Obwohl sich mehrere Abgeordnete bei ihrer Stellungnah-

me zu den Forderungen des Volksbegehrens durchweg EU-kritisch äußerten, machte keiner der 183 Abgeordneten davon Gebrauch, einen Antrag auf eine Volksabstimmung einzureichen. Wie kommt es dazu, dass kein einziger Abgeordneter daran interessiert ist, dass das österreichische Volk selber über seine Zukunft entscheiden darf? Da bleibt zweifelsohne die Frage zurück, ob das überhaupt Volksvertreter sind, da sie die Anliegen des Volkes weder gewissenhaft noch ernsthaft auf höchster politischer Ebene im Parlament vertreten. [6]

Gefährliche NATO-Anbiederung der Schweiz

rs. Vom 16. bis 17.2.2016 fand in Zürich (Schweiz) eine Konferenz der NATO und ihren sogenannten Partnern im Bereich der militärischen Kooperation statt. Mehr als 100 Offiziere aus über 40 Nationen diskutierten dabei über die zukünftige Zusammenarbeit im Rahmen des veränderten Sicherheitsumfeldes. Gleichzeitig hat die Schweiz ihre 20-jährige Beteiligung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP)* gefeiert. Anstatt die immerwährende, bewaffnete Neutralität zu bekräftigen, wurde in einem internationalen Militär-rahmen auf neutralem Schweizer Boden der schleichende NATO-Beitritt zelebriert. Mit die-

ser NATO-Anbiederungspolitik spielt der Bundesrat mit dem Feuer, denn damit gefährdet er die Sicherheit der Schweiz. Die aktuellen Konflikte, Kriege und Machtverschiebungen benötigen dringend eine neutrale Plattform, um der Friedensdiplomatie eine Chance zu ermöglichen. Nur mit einem klaren Bekenntnis zur Neutralität und gleichzeitigem Austritt aus der PfP kann die Schweiz diese Plattform bieten. [7]

*Die PfP war auf Initiative der USA als Instrument geschaffen worden, um die osteuropäischen und neutralen Staaten in die Nato einzubinden. So sind bereits zehn ehemalige PfP-Mitglieder NATO-Mitglieder geworden.

Schweizer Luftwaffe unter Kontrolle der USA?!

af/sak. Die Schweizer Luftwaffe fliegt mit einem präzisen GPS (Global Positioning System) der USA. Für das GPS-Gerät wird ein spezieller Code benötigt, der vom US-Geheimdienst NSA hergestellt und wöchentlich verändert wird. Unter anderem sind die Schweizer F/A-18-Kampffljets mit ihrer Lenkwaffe AMRAAM mit diesem GPS ausgerüstet. Nicht nur das GPS, auch die Software-Updates von F/A-18 und der Lenkwaffe AMRAAM, unterliegen der US-Kontrolle. Welchen Code die Amerikaner dabei programmieren, bleibt dem Schweizer Personal verborgen. Laut einem ehemaligen Schweizer F/A-18-Piloten könnten abgefeuerte Lenkwaffen von den USA per Funksignal gestört und damit deren Flugbahn sogar verändert werden. Die Schweiz ist weder in der EU noch in der NATO und doch unter Kontrolle der USA? Das steht in absolutem Widerspruch zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in Art.2 den „Zweck“

der Eidgenossenschaft wie folgt festsetzt: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft [...] wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“ Dieser Artikel lässt die Mitbestimmung der USA im Schweizer Luftraum nicht zu. Wer schiebt dieser US-Einmischung den Riegel vor? [8]

Schlusspunkt •

„Der EU zu entkommen wäre, wie aus dem Knast auszubrechen!“

Boris Johnson,
Bürgermeister von London

Diese Befreiung aus der EU-Knechtschaft ist jedem EU-Mitgliedsland zu wünschen. Den Nicht-EU-Mitgliedsländern wie der Schweiz bleibt zu wünschen, dass sie sich niemals in diese oder ähnlich gelagerte Knechtschaften begeben. Helfen Sie mit, dass das hinter der EU, NATO, UNO, usw. steckende NWO-Ziel der totalen Versklavung aller Nationen aufgedeckt und vereitelt wird! Die Redaktion (brm.)

Quellen: [4] www.kla.tv/7259 | www.kla.tv/5816 | www.srf.ch/news/international/nej-tak-nein-danke-daenen-sagen-nein-zu-mehr-europa [5] www.klagemauer.tv/index.php?a=showmediacomment&blockid=6505 | www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160122_OTS0129/parlament-top-im-nationalrat-am-27-jaenner-2016 [6] www.kla.tv/7614 | Wegwarte Folge 1 Jänner 2016 Seite 1 – 3 [7] AUNS-Bulletin, März 2016, 180. Ausgabe | Buch Spin doctors im Bundeshaus, S. 155 | www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2245 [8] www.aargauerzeitung.ch/schweiz/total-abhaengig-usa-liefern-geheimcodes-fuer-schweizer-armee-129438017

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 14.4.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen
Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan
Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



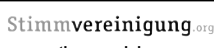
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

Europa ist ein lange geplantes Machtprojekt der psychopathischen Weltregierung

Herbert Ludwig; geolítico.de; Mi, 26 Mär 2014 09:25 UTC



© Wikipedia; Europas Staats- und Regierungschefs beim Lissabon-Gipfel 2007

Wer die Handlungsmuster europäischer Politiker etwa in der europäischen Finanzkrise verstehen will, muss die Hintergründe der europäischen Integrationsbewegung kennen.

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflussreiche Männer: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und der Franzose Jean Monnet (1888–1979). Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die ›Vereinigten Staaten von Europa‹, einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg «mit 60 000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre» unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. (‹Ein Leben für Europa›, S. 124–125.)

In seinem 1925 erschienenen Buch ›Praktischer Idealismus‹ bezeichnete Kalergi die Demokratie als ›ein klägliches Zwischenspiel‹ zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

«Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: Denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist.» (S.39)

‹Eurasisch-negroide Zukunftsrasse›

Ihm schwebte vor, den ›plutokratischen Demokratismus‹ durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer ›eurasisch-negroiden Zukunftsrasse‹ aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongress ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde (1). Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William ›Wild Bill‹ Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahen Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die Europäischen Bewegung, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongress in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen. Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen grossen Einfluss ausübte.

Den Friedensnobelpreis selbst verliehen

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der Europäischen Bewegung (50%), der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und besonders deren European

Youth Campaign (100 %). Damit konnte Einfluss auf die Führer der «Europäischen Bewegung», Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Retinger, genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia).

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des «friedenstagstiftenden» Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Strassen und die Völker auseinander treibt. Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der grossartigen «Euro-Rettungspolitik» den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe.

Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des «Europarates», also der grossen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, dass sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Weltregierung als Ziel

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten «eine Art Vereinigte Staaten von Europa» gefordert, d. h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa: «Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dass die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.** Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.» (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt an, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen «Neue Weltordnung» als «Eine Welt» angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker «durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt» werden. (Manfred Kleine-Hartlage: «Neue Weltordnung» – Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?, S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, NATO, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichsten zu nennen.

Der zweite der einflussreichsten Männer, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi Zeit seines Lebens unter dem Einfluss führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war «ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit» und «ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflussnahme auf dem Kontinent». (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81)

Während des Ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia massgeblich «die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten». 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles. Von 1919–1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der – in Versailles gegründeten – Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 1920er und 1930er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, **die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.**

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im Ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 «wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, «die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte», wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Hin zum europäischen Einheitsstaat

Nach dem Krieg gingen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands, verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die «Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl», war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: Mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953–1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründete er, teilweise von der CIA finanziert, das «Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa». Es «blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste

Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: Dem europäischen Einheitsstaat.» (Bracher, S. 84) So wurde Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das «eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen», wofür er mit dem Titel «Vater eines vereinten Europa» bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: «Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa» seinen Plan dar: «Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Strassburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, dass ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne dass sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden.» Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet: «Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand.»

Bestätigung durch das Verfassungsgericht

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren – bis heute. Aus den Erinnerungen von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, dass die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriss seines «Lissabon-Urteils» vom 30. Juni 2009 deutlich hin: «Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber ... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, dass sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen liess. ... **Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die dann eine politische, auch ausen- und sicherheitspolitische, Einheit als allein folgerichtig erscheinen lassen würden. ...**»

Der Euro war Bedingung

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, **die offensichtlich planmässig herbeigeführt worden ist.** Weitere Belege bringt ein Video der «Bürgerrechtsbewegung Solidarität» vom 4. Juni 2012 mit dem Titel «Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung». Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde. Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der «Tripple Entente» (Militärbündnis von 1907 zwischen Grossbritannien, Frankreich und Russland gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) liess Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, **die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewusst geplant**, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

«Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, dass ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich «vergessen». Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine grosse Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten.»

Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des «Europäischen Konvents» für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit «La Stampa» am 12. Juli 2000 erklärte: «Deshalb ziehe

ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. (...) Ohne Souveränität (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän.»

Die Gesetze des Dschungels

Er übergeht, dass uns dafür – ohne einen demokratischen Souverän – der viel grössere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer grösseren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der «Hohen Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitsfragen», die er in seinem Buch «The Breaking of Nations» (2003) schrieb: «Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten ausserhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauerer Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, präemptive (Anm.: vorsorglich/vorbeugend) Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muss man sich an die Gesetze des Dschungels halten.»

Hier der Link zum Video: <http://www.youtube.com/watch?v=7pSb0QVV6eE>

Quelle: <http://de.sott.net/article/14132-Europa-ist-ein-lange-geplantes-Machtprojekt-der-psychopathischen-Weltregierung>

Die Wahlen in Syrien beweisen wieder, dass Washington und seine Medienhuren nach Strich und Faden lügen

Paul Craig Roberts; erschienen am 14. April 2016 auf Paul Craig Roberts Website

Heute (am 14. April 2016) fanden in Syrien in 7000 Wahllokalen Parlamentswahlen statt, wobei die Wahlzeiten um fünf Stunden verlängert wurden, um dem massiven Andrang gerecht zu werden. Alle durften wählen, auch Syrer, die aus den Provinzen geflüchtet waren, die noch immer von dem von Washington und Israel unterstützten Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) terrorisiert werden.

Washington ist wütend, weil Syrien die Wahlen abhielt, ehe Washington Zeit hatte, seine Liste von Politikern zu kaufen und von Washington finanzierte NGOs zu organisieren, die auf die Strasse demonstrieren gehen konnten, um zu behaupten, dass Assad die Wahlen gestohlen habe.

Trotz der massiven Wahlbeteiligung und den ausgeweiteten Wahlzeiten gab das Aussenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika die Linie vor, indem es behauptete, dass die Wahlen in den Augen Washingtons nicht rechtmässig seien und nicht «den Willen des syrischen Volkes» repräsentieren.

Washingtons billige Vasallen in London und Paris stimmten ein und behaupteten beide, dass die Wahlbedingungen in Syrien, zu denen London und Paris beigetragen haben, bedeuten, dass die Vorstellung von Wahlen «völlig unrealistisch» sei.

Die «New York Times» log in der für dieses Blatt charakteristischen Weise, dass die Wahlen, die landesweite Solidarität gegen den vom Westen unterstützten Sturz der syrischen Regierung zu demonstrieren scheinen, «Spaltungen und Unsicherheit aufzeigen». Die Washington Post trug ihre Lügen und falschen Interpretationen zur propagandistischen Berichterstattung bei.

Die Regierungen des Westens stehen allein da mit ihren Lügen, dass das syrische Volk lieber von den von Washington gestützten Terroristen regiert werden will, die ihr Land überrannt und mit vom Westen zur Verfügung gestellten Waffen Massenmord an den Menschen Syriens begangen haben, bis Russland dem ein Ende gesetzt hat. Jetzt sind die westlichen Lügner einmal mehr durch die Wahlergebnisse blossgestellt worden, also müssen die Lügner so tun, als seien die Wahlergebnisse nicht glaubwürdig.

Dem widersprechende Berichte sind bei Vanessa Beeley auf 21st Century Wire zu finden unter der Überschrift: «Wahlen in Syrien: Der Versuch der Verbrecher der Vereinigten Staaten von Amerika und der NATO, den Willen des syrischen Volkes zu bestreiten» (leider nur in englischer Sprache).

Washingtons Propagandaangriff gegen die Wahlen in Syrien ist ein klarer Beweis dafür, dass Washington für die Friedensbemühungen nichts übrig hat und den «Friedensprozess» einfach benutzte, um die Befreiung von Raqqa und Idlib vom ISIS zu verhindern.

Putin und Assad sollten zur Kenntnis nehmen, dass Washington noch immer die Absicht verfolgt, die syrische Regierung zu stürzen und entweder ein Marionettenregime zu installieren oder ein Chaos wie im Irak und in Libyen.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2016_04_14_diewahlen.htm

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTlich
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 17/16 ~

INTRO

Fragt man die Deutschen danach, wie viel Vertrauen sie in Menschen bestimmter Berufsgruppen legen, dann ergibt sich Folgendes: Feuerwehrleute, Sanitäter und Krankenschwestern rangieren auf den Plätzen 1 bis 3 – vergleichbar mit einer Schulnote von 1+ (deutsches Schulsystem). Auf den letzten Plätzen der Bewertungstabelle befinden sich Banker, Journalisten und Politiker. Während Banker noch mit einer Schulnote 4- davon kämen, erhalten Journalisten eine glatte 5 und den letzten Platz – wie könnte es anders sein – nehmen Politiker mit einer Note 6 ein! Dieses mangelnde Vertrauen in das „Kartell“ von Politik, Banken und Medien ist nicht verwunderlich. Das offenbart einmal mehr diese Ausgabe – und darüber hinaus die unglaublich tragische Verflechtung zwischen dem „Kartell“ und höchsten deutschen Gerichten. Besonders schmerzhaft ist, dass die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, die Kinder, auf schreckliche Weise zu Tausenden Opfer dieses Komplotts werden. Ziel der S&G ist es aber nicht, darüber zu klagen, sondern vielmehr weite Teile der Bevölkerung über die Zusammenhänge aufzuklären und dem „Politik- und Medienkartell“ ein internet-unabhängiges Netzwerk engagierter Bürger entgegenzusetzen. Mehr davon im Schlusspunkt dieser Ausgabe. [1]

Die Redaktion (cm/kn./mol.)

Verschwundene Kinder in Deutschland: Wo ist David Möbius?

jc./sl. Der zwölfjährige David Möbius floh im Sommer 2015 aus einem Jugendheim. Er wollte bei seinem Vater leben – aber da er wusste, dass ihn dort das Jugendamt sofort wieder abholen würde, suchte er Unterschlupf bei einer Frau, die schon von fragwürdigen Vorgängen in deutschen Jugendämtern gehört hatte. Von dort wurde David eines Morgens von mehreren Beamten abgeholt – und seither nicht wieder gesehen. Wie er werden jährlich 50.000* Kinder in Deutschland

von Jugendämtern in Obhut genommen. Was eigentlich nur in Einzelfällen vorkommen sollte, wenn Eltern wirklich eine Gefahr für die eigenen Kinder darstellen, geschieht inzwischen aus nichtigen Anlässen: Kinder werden vom Jugendamt der Familie entrissen und in Heime gebracht, von denen die meisten gut sein mögen, viele aber auch fragwürdige Zustände aufweisen. Mit Heimen wird viel Geld verdient, und es liegt nahe, dass es Seilschaften gibt, die von jedem

Kind profitieren. Das Thema geht sogar noch weiter bis hin zum Missbrauch, der auf organisierte Strukturen schließen lässt. Es stellt sich die Frage, ob nicht Jugendämter immer wieder als „Zulieferer“ für pädokriminelle Netzwerke missbraucht werden. Die einzige Kontrollinstanz ist eine Öffentlichkeit, die in Fällen wie diesem bei den zuständigen Behörden unablässig nachhakt: „Wo ist David Möbius?“ [2]

*offizielle Zahlen

ARD-Präsentation des Themas Kindesmissbrauch verführt zur Tatenlosigkeit

avr. Anfang dieses Jahres zeigte der deutsche Fernsehsender ARD den Film „Operation Zucker - Jagdgesellschaft“, der das ungeheuerliche Thema der Kinderprostitution aufgreift. Kinder werden Täterinnen auf Partys für Missbrauch zur Verfügung gestellt. Die Täter sind meist hoch angesehene Mitglieder der Gesellschaft wie z.B. Staatsanwälte, Minister oder Verfassungsschützer. Als Fazit des Films wird vermittelt, dass man den Täterinnen nichts

nachweisen könne. In der anschließenden Talkrunde „Maischberger“ bestätigten Fachleute zwar, dass es diese organisierte sexuelle Ausbeutung und Gewalt gegen Kinder tatsächlich gebe. Als fadenscheinige Lösung werden jedoch nur Aussteigerprogramme und Schutzräume für die Opfer angeboten. Das eigentliche Problem wird gar nicht diskutiert: nämlich, dass der Justizapparat seiner Aufgabe nicht nachkommt, durch konsequente

Strafverfolgung den Kindesmissbrauch zu stoppen. Stattdessen wird dem Zuschauer vermittelt, dass man nichts dagegen tun könne. Somit dienen der Film „Jagdgesellschaft“ und die anschließende ARD-Talkrunde nicht dazu, dass den Missbrauchsverbrechen ein Riegel vorgeschoben wird. Im Gegenteil: Die Gesellschaft soll hier offenbar ganz gezielt abgestumpft und zur Tatenlosigkeit verführt werden. [3]

Zeugen berichten: Oberschicht in pädophile Netzwerke verstrickt

kn./mol. Sowohl Svali*, eine Aussteigerin aus einem Geheimbund, als auch Magister phil. Andrea Sadegh, deren kleiner Sohn vom eigenen Vater und dessen Komplizen missbraucht wurde, machen übereinstimmende Aussagen zu pädokriminellen Täterringen. Beide schildern unabhängig voneinander, dass häufig Personen des sogenannten Establish-

ments – das meint Politiker, Richter, Psychologen, Ärzte, Verfassungsschützer, Staatsanwälte usw. – in geheimen Bündeln vernetzt sind und dort ihren pädophilen und sadistischen Neigungen nachgehen. Personen, die zur gehobenen und angesehenen Gesellschaftsschicht gehören und auch über beachtliche finanzielle Mittel verfügen, leben im Verbor-

genen und in gut organisierten Strukturen Kindesmissbrauch aus. Auf die Frage, was man dagegen tun kann, antwortet Frau Sadegh: „Aufklärungsarbeit leisten! Das Vertuschen muss aufhören.“ Wir dürfen es als Gesellschaft nicht zulassen, dass unsere Kinder gefoltert werden! [4]

*Deckname

Quellen: [1] GfK Verein, „Trust in Professions Report 2016“ [2] <http://neuzett-online.de/2016/wo-ist-david-moebius/> | www.kla.tv/7930 [3] www.ardmediathek.de/tv/suche?searchText=Sexueller+Missbrauch+ | www.kla.tv/7929 | www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/Kinder/Jugendhilfe/Vorlaufufige+Schutzmassnahmen 5225203147004.pdf?__blob=publicationFile [4] www.wahrheit-jetzt.de/Illuminaten.pdf | www.kla.tv/4618 | <http://denkmalnach.org/ra/index.htm> | <http://projectcamelot.org/mediafiles/audio/svali.mp3>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen! Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter! Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an **SuG@infopool.info**

Ayatollah Khamenei: Terrorismus als Frucht der westlichen Politik

and. Ayatollah Khamenei, Staatsoberhaupt und oberster Religionsführer des Iran, schrieb nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 einen offenen Brief an die westliche Jugend. Er zeigte sich tief betroffen von den Anschlägen und schrieb u.a.: „Anderthalb Milliarden Muslime hegen mit Gewissheit ein solches Gefühl (des Mitleids mit den Schmerzen der Leidenden) und verabscheuen die Urheber dieser Tragödien.“ Khamenei zeigte aber auch gleichzeitig auf, dass ein Gefühl von Angst und Schrecken für viele Muslime seit Jahren trauriger Alltag ist. Es gebe kaum ein islamisches Land, welches nicht von Krieg und Terror gebeutelt wird. Diese Gewalttaten seien immer

seitens einiger großer westlicher Mächte auf verschiedenste Weise unterstützt worden. Die „Rolle der USA bei der Bildung oder Stärkung und Bewaffnung der Al-Qaida und Taliban und deren üblen Nachfolgern (z.B. IS)“ sei heute weit bekannt. Der Westen fördere aktiv Terroristen und deren Unterstützer und begünstige somit den Terrorismus auch in Europa. Ayatollah Khamenei ruft die westliche Jugend deshalb dazu auf, die schrecklichen Terrorakte in Europa als Anlass zu nehmen, nach Auswegen und Verständigung zu suchen. Zur Herstellung von Sicherheit und Ruhe müsse in erster Linie die destruktive Politik des Westens beendet werden. [5]

„WLAN-Land Nr. 1“ schädigt die eigenen Bürger

mol. „Der Freistaat Bayern investiert rund 10 Millionen Euro, um allen Bürgern ein offenes und kostenfreies WLAN-Angebot zu ermöglichen. [...] Mindestens 10.000 freie WLAN-Hotspots* sollen in ganz Bayern entstehen. [...] Damit wird der Freistaat WLAN-Land Nr. 1 in Deutschland.“ So teilte es Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder im November 2015 mit. Staatliche Behörden, Schlösser, Burgen und Schiffe erhalten einen sogenannten Hotspot. Allein im Februar 2016 wurden acht bayerische Ämter mit Hotspots ausgerüstet. Unabhängige Studien bestätigen jedoch schon lange, dass WLAN-Strahlung Schwindel, Kopfschmerzen, Sehstörungen, Herzrhythmusstörungen bis hin zu Krebs, Demenz und

Schlaganfall auslösen kann. Daher gab der Bayerische Landtag im August 2007 die Empfehlung an alle Schulen des Freistaates, auf WLAN-Netze zu verzichten und die Bundesregierung warnte vor WLAN-Nutzung und empfahl: „WLAN-Netze in Privathaushalten sollten vermieden werden.“ Und nun werden von derselben Regierung die in den bayerischen Ämtern tätigen Bediensteten den ganzen Arbeitstag lang dieser gefährlichen Hotspot-WLAN-Strahlung ausgesetzt – samt den umliegenden Anwohnern! Bei vorliegender Erkenntnis der gesundheitlichen Schädigungen kann man dies nur ein Verbrechen nennen, das geahndet werden muss! [7]

*öffentlicher, drahtloser Internetzugriffspunkt

Quellen: [5] <http://alles-schallundrauch.blogspot.ch/2016/01/der-staatsschef-und-oberster.html> | www.kla.tv/5811 | http://german.khamenei.ir/index.php?option=com_content&task=view&id=1138 [6] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/markus-maehler/selbstmordwelle-unter-italiens-sparern-bankenrettung-und-zwangseinteignung-kosten-56-menschenleben.html> | <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2012/08/22/finanzkrise-zahl-der-selbstmorde-in-italien-deutlich-gestiegen/> [7] www.wochenblatt.de/nachrichten/passau/regionales/Bayern-Wlan-Wifi-Handy-Soeder_art1173_334957 | www.maes.de/11%20ZITATE/maes.de%20ZITATE%20WLAN%20kurz.PDF | www.kla.tv/1019 [8] <http://einarschlereth.blogspot.se/2015/09/die-flut-sinkt-stadte-und-lander.html> | www.svr.de/odyssso/wie-aus-wasser-geld-wird/-id=1046894/-id=15037312/-id=1046894/glec3/index.html | www.staytuned.at/sig/0025/32939.html

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 08.04.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen
Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan
Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



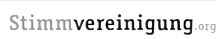
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

„Bail-in“ mit Todesfolge

fh. Bereits seit Anfang 2015 gilt in der gesamten Eurozone das Prinzip des „Bail-in“. Das bedeutet: Sparer, Aktionäre und Anleger werden im Fall einer Bankenkrise zur Kasse gebeten. In Italien kam es Ende 2015, weitgehend unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit, zu einer Bankenrettung von vier Volksbanken über „Bail-in“ mit der Folge, dass viele Tausend Aktionäre und Anleihegläubiger, darunter Kleinsparer und Rentner, insgesamt etwa 750 Millionen Euro verloren. Über den Verlust seiner Ersparnisse von 110.000 Euro war ein 68-jähriger Rentner so verzweifelt, dass er sich das Leben nahm. Italien

zählte in den vergangenen drei Jahren 560 „Wirtschaftsselbstmorde“ bei hoher Dunkelziffer. Ein Forscherteam um Prof. Roberto De Vogli stellte bereits 2012 in einer Studie fest, dass die gestiegene Zahl der Selbstmorde in Italien nachweislich im Zusammenhang mit der Finanzkrise zu sehen ist. Wenn schon vor der Einführung des „Bail-in“ so viele Menschen aus wirtschaftlichen Gründen den Freitod wählten, wie vielen wird die weitere Umsetzung des „Bail-in“ noch das Leben kosten?

Wer zieht endlich diese gierigen und skrupellosen Finanz-Haie samt den sie begünstigenden Politikern zur Verantwortung? [6]

Siegreicher Widerstand gegen Wasserprivatisierung

elp./kb. Die Wasserprivatisierung ist oft Vorbedingung seitens des IWF* und der Weltbank, damit ein Staat ein Darlehen erhält. Für die Bürger hat die Privatisierung jedoch meist fatale Folgen: Private Wasserunternehmen vernachlässigen oft die Instandhaltung der Wasserleitungssysteme, schädigen die Umwelt und erhöhen die Wasserpreise um bis zu 700 %! Erfolgreichen Widerstand gegen die Wasserprivatisierung leisteten Bolivien, Uruguay und mehr als 20 Städte in den USA. 2011 stimmten auch 27 Millionen Italiener erfolgreich für die Beibehaltung staatlicher Kontrolle über das Wasser. Mögen noch viele diesen guten Beispielen folgen, denn Wasser ist Allgemeinut, es gehört dem Volk! [8]

*Internationaler Währungsfond

Schlusspunkt •

Ob nun Kinder verschwinden, ahnungslose Bürger mit hochgradig gesundheitsschädigendem WLAN verstrahlt werden oder Menschen in irgendeiner Form Opfer von Terror, finanzieller oder perverser Gier werden – es besteht Handlungsbedarf! Sie, als engagierter Bürger können sich aktiv daran beteiligen, dass diese grausamen und niederträchtigen Verbrechen endlich aufhören. Wie? – Indem Sie sich:

1. mit den Fakten konfrontieren,
2. die Zusammenhänge und Verursacher erforschen,
3. die Bevölkerung aufklären und
4. sich mit allen vernetzen, die die Situation verbessern wollen.

Dies lässt sich bestens in die Praxis umsetzen, indem Sie in unser Netzwerk der S&G einsteigen.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf – am besten heute noch! Sie sind herzlich willkommen!

Die Redaktion (kn.)

Erdachse ausser Gleichgewicht

Klimawandel lässt Erde taumeln

Dienstag, 12.04.2016; Ein Bericht der WetterOnline Redaktion vom 12.04.2016.

Schmelzende Gletscher als Folge des Klimawandels könnten die Erdachse aus dem Gleichgewicht bringen. Forscher haben entdeckt, dass sie schon durch kleine Änderungen der Masseverteilung ins Taumeln gerät.

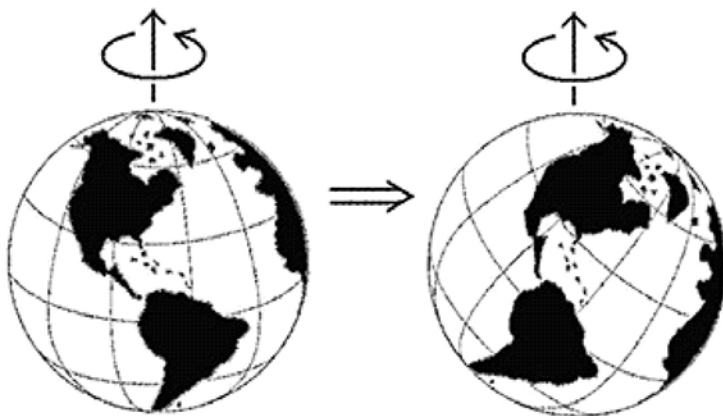


Rund 70 Prozent des Süsswassers der Erde sind in dem kilometerdicken Eisschild der Antarktis rund um den Südpol gebunden. Sein enormes Gewicht drückt den Kontinent tief in die Erdkruste.

Bild: dpa

Wie Wissenschaftler der NASA herausgefunden haben, ist die Erdachse infolge des Klimawandels ins Taumeln geraten. Der Grund: Tauende Gletscher führen durch den Abfluss von Schmelzwasser zu einer Änderung der Massenverteilung unseres Planeten. Diese Umverteilung der Gewichte hat wiederum eine Unwucht bei der Erdrotation zur Folge, vergleichbar derjenigen eines nicht richtig ausgewuchteten Autorreifens. Zwar können wir das Taumeln der Erdrotation nicht spüren, hoch empfindliche Sensoren der Grace-Satelliten der NASA können sie jedoch messen.

Die jetzt gemessene Taumelbewegung der Erdachse ist allerdings nicht nur auf die vom Klimawandel angestossenen Schmelzprozesse von Gletschern zurückzuführen. Auch Wind, Meeresströmungen und Prozesse im Erdinneren wirken sich auf ihre Balance aus. Die globale Erwärmung verstärkt diesen Effekt aber und hat dazu geführt, dass sich der Nordpol in den letzten 100 Jahren insgesamt um immerhin rund 20 Meter verschoben hat. Dennoch besteht kein Grund zur Sorge: Erst wenn sich wirklich grosse Massen nachhaltig verschieben, könnte es brenzlig werden.



Durch Umverteilungen ihrer Masse ist die Drehachse der Erde in der Vergangenheit mehrfach gekippt. Dabei haben sich auch die Klimazonen verlagert.

Bild: Wikipedia / USGS

So ist die Erdachse in der Vergangenheit schon mehrfach aus ihrer Taumelbewegung in ein anderes Gleichgewicht weggekippt, sodass ganze Kontinente in andere Klimazonen gelangten. Wie jüngste Erkenntnisse zeigen war dies allein in den letzten 100 Millionen Jahren mindestens zwei Mal der Fall. Vor 320 Millionen Jahren, als die Kontinente noch in dem Superkontinent Pangäa vereint waren, ist die Erdachse gegenüber heute sogar um 18 Grad gekippt. Mitteleuropa würde bei einem solchen Ereignis in etwa auf die geografische Lage der Sahara verrutschen.

Quelle: <http://www.wetteronline.de/klimawandel/2016-04-12-kl>

CIA-Agent bestätigt Anstiftung des Syrien-Kriegs

Freitag, 15. April 2016, von Freeman um 06:00

Dass Washington hinter dem Krieg in Syrien und hinter den radikal islamistischen Terroristen steckt, wissen wir schon lange. Aber es ist immer wieder gut, diese Tatsache von einem Insider bestätigt zu bekommen. Speziell auch als Argument gegen die Befürworter der westlichen Interventionspolitik, die alles, was die Politiker und ihre Lügenmedien erzählen, schlucken und uns als Verschwörungsspinner hinstellen. Ein ehemaliger CIA-Agent, der verdeckt im Feld im Einsatz war, hat ein Buch veröffentlicht, in dem er zugibt, dass er Teil einer top-geheimen Einsatzgruppe war, um mit Terroristen die Assad-Regierung zu stürzen und den Krieg in Syrien anzustiften.



Folgendes steht bei Amazon über den Autor in seiner Biografie:

«Douglas Laux ist ein ehemaliger CIA-Operationsoffizier, der bei mehreren Touren im ganzen Mittleren Osten diente. Er war in Afghanistan 2010 für den «Afghan Surge» und während der Operation «Neptune Spear» in Kandahar, welche im Tod von Osama Bin Laden resultierte. Sein letzter Einsatz war mit der top-geheimen Einsatzgruppe, die den syrischen Bürgerkrieg angestiftet hat. Er lebt in Washington DC.»

Diese Enthüllung ist die erste «offizielle» Bestätigung: Die US-Regierung hat mit ihrem Geheimdienst den Konflikt in Syrien inszeniert.

Laux bewarb sich bei der CIA im patriotischen Gefühl nach 9/11, für sein Land im Krieg gegen den Terror was tun zu müssen. Er meldete sich freiwillig für den Einsatz in Afghanistan, wo seine Kenntnis der Sprache «Dari» ihm half, die aufständischen Gruppen zu infiltrieren und Mitglieder der Taliban und Al-Kaida zu identifizieren. Er findet aber bald heraus, dass viele Informanten nur an Geld interessiert sind, ohne nützliche Informationen zu liefern.

Danach wird er nach Syrien entsandt, wo er mit Kämpfern der «moderaten» syrischen freien Armee zusammenarbeitet, die gegen die syrische Regierung kämpfen. Laux ist aber bald desillusioniert über die alles andere als herausragenden «moderaten» Terroristen. Er meint die «Rebellen» müssen besser organisiert und ausgebildet werden, um effektiver zu sein, aber die CIA-Führung akzeptiert seine Vorschläge nicht.

Nach einer Fussverletzung fängt er an Schmerzmittel zu nehmen. Weil seine Vorgesetzten nicht auf ihn hören und seine Vorschläge ablehnen, verfällt er dem Alkohol und Medikamenten, wird völlig apathisch und nutzlos. Eine weitere Beziehung zu einer Freundin geht dabei kaputt. Er rafft sich auf und meldet sich für einen anderen CIA-Einsatz. Er realisiert aber, dass wenn er für die CIA arbeitet, er nie ein Familienleben haben wird und deshalb entscheidet er sich, den Dienst zu quittieren.

Douglas Laux hat dann mit Co-Autor Ralf Pezzullo seine Erlebnisse als CIA-Agent niedergeschrieben und als Buch veröffentlicht, das Anfang April erschienen ist. «Left of Boom: How a Young CIA Case Officer Penetrated the Taliban and Al-Qaeda». Einige Informationen die Laux darin preisgibt wurden von seinem ehemaligen Arbeitgeber zensiert, denn jeder Ex-Agent muss sein Manuskript zuerst der Zentrale in Langley vorlegen.

Washington hat schon lange die Absicht gehabt, einen Regimewechsel in Syrien durchzuführen. Dies wurde im Dokument der Neocons «Project for a New American Century» so beschrieben und gefordert, in fünf Ländern in fünf Jahren Umstürze durchzuführen, um den Mittleren Osten komplett zu verändern. George W. Bush setzte den Plan mit dem Angriffskrieg gegen den Irak um, begründet mit der erfundenen Lüge, Saddam Hussein habe Massenvernichtungswaffen und bedrohe die ganze Welt.

Danach wurde der sogenannte «arabische Frühling» in verschiedenen arabischen Ländern inszeniert, was zum Sturz diverser Regierungen führte. Dort, wo diese von aussen gesteuerten «Revolutionen» nicht das gewünschte Resultat brachten, wie in Libyen und Syrien, wurden radikal islamistische Terroristen eingeschleust und mit Gewalt der Umsturz durchgeführt.

In Libyen wurde die NATO benutzt, um das Land sechs Monate lang zu bombardieren, mit der Lüge, «responsibility to protect», es handle sich um eine Schutzmassnahme für die Bevölkerung. Tatsächlich ging es um die Ermordung von Gaddafi. In Syrien hätte auch fast die Niederlage der syrischen Armee und damit die Entfernung von Präsident Assad geklappt, wäre Russland nicht zur Hilfe gekommen.

Wir haben jetzt die Bestätigung: Das US-Regime plante lange vor 2011 den Sturz von Assad und hat sehr viel Geheimdienstpersonal, Geld und Waffen dafür eingesetzt. Benutzt wurden die radikal islamistischen Terroristen als Werkzeug, die man mit Hilfe der Medien zuerst «Rebellen» nannte, später «moderate Terroristen», die in einem «Bürgerkrieg» involviert sind.

Was Laux bestätigt: Der Konflikt in Syrien ist kein spontaner Aufstand nach einem durch den ›arabischen Frühling‹ inspirierten Protest, der gewaltsam durch die syrische Regierung unterdrückt wurde. Er ist auch kein Bürgerkrieg, sondern ein von den USA und ihren Alliierten durchgeführter Krieg für einen Umsturz, um Syrien, wie die anderen Opferländer, unter Kontrolle zu bringen.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/04/cia-agent-bestatigt-anstiftung-des.html#ixzz45sCeKBTn>

›US-Kriegspolitik Fluchtursache Nummer 1‹ – Präsident Obama in Hannover zur Rede stellen

13.04.2016 • 08:00 Uhr; Ein Gastbeitrag von Willy Wimmer



*Treffen am 25. April in Hannover aufeinander:
US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel*

Am 25. April besucht US-Präsident Barack Obama Hannover. RT Deutsch-Gastautor und Staatssekretär a. D. Willy Wimmer sieht darin koloniales Gebaren. In einer Kette zahlreicher Entscheidungen wurde Deutschland in den vergangenen Jahren immer mehr entmachtet und der Zentralgewalt in Washington unterstellt. Wimmer vermutet, dass es in Hannover um die endgültige Auslieferung gehen wird.

Die US-amerikanische Politik hat seit dem ordinären Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien den Krieg nach Europa zurückgebracht. Alle feierlichen Schwüre aus der Charta von Paris des November 1990 waren weggewischt. In Paris hatten sich die Streithähne des Kalten Krieges feierlich in die Augen versprochen, Verhandlungen jedem Konflikt vorzuziehen und Streitfälle nur noch auf dem Verhandlungsweg beizulegen.

Seit den NATO-Bomben, auch der Deutschen Luftwaffe, auf Belgrad ist das alles weggewischt. Der Westen, unter Führung der Vereinigten Staaten und mit deutscher Beteiligung in den verschiedensten Formen, hat seither zwischen Kabul und Timbuktu die südlichen und südöstlichen Nachbarn Europas in Schutt und Asche gelegt, hunderttausende Menschen ermordet und Millionen in die Flucht getrieben.

Jahrtausende alte Kulturen wurden zerstört und die Geschichte stolzer Völker geplündert. Die noch amtierende Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, hat zugesagt, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Nicht nur die höchsten Repräsentanten der christlichen Kirchen in Deutschland drucksen dabei herum, wen und was sie gemeint haben könnte. Die Fluchtursache ersten Grades kommt zur Eröffnung der diesjährigen Hannover-Messe in wenigen Tagen, am 25. April 2016, nach Hannover.

Es ist der Präsident eines Landes, dem wir in Deutschland eigentlich herzlich verbunden sein wollen und den viele auch persönlich als Menschen schätzen. Aber er steht für eine Kriegspolitik, die seither unter Clinton und Albright die Welt in Trümmer legt und offen von der amerikanischen Weltherrschaft schwärmt. Unsere Kirchenfürsten und die höchsten deutschen Repräsentanten haben in Hannover eine einzigartige Gelegenheit.

Sagen Sie es Herrn Präsidenten Obama doch und am besten vor laufenden Kameras ins Gesicht: Die Politik seines Landes seit Clinton ist die zentrale Fluchtursache. Viele in Deutschland stellen mit wachsendem Entsetzen fest, dass die Stimmen in den USA, auch mit Hilfe der deutschen Mainstream-Medien, fertiggemacht werden, die sich wie Sanders oder Trump gegen die gnadenlose Zerstörung der gemeinsamen Welt und der Werte für alle Menschen aussprechen.

Wie krank die Welt dank US-amerikanischer Präsidenten geworden ist, kann jeder in Hannover wahrnehmen. Selbstredend werden bis Magdeburg alle Kanaldeckel zugeschweisst. Wer sich nach Presseberichten in Hannover in der Nähe seines Fensters an der Fahrstrecke aufhält, der läuft Gefahr, erschossen zu werden. So sehen Fluchtursachen aus, Frau Dr. Angela Merkel.

Warum noch Schwarz-Rot-Gold neben Stars and Stripes? Eine weisse Fahne tut es doch auch

Indien hatte zur Zeit des Britischen Empires wenigstens zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten – allerdings unter strikter britischer Kontrolle – sein *home rule*. Die derzeitige Bundesregierung kann in der NATO offensichtlich so darauf verzichten, dass demnächst Wahlen überflüssig und nutzlos werden. Was soll der deutsche Bürger noch bei Wahlen entscheiden, wenn der Adressat dieser Wahlen, das deutsche Parlament und die eigene Bundesregierung, nichts mehr zu sagen haben? Heute ist es sogar in Tageszeitungen zu lesen. Nachdem private US-amerikanische Organisationen über die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene Einfluss auf Migrationsbeschlüsse haben, sollen ab sofort US-Beratungsfirmen in Zusammenhang mit der Migrationsentwicklung hoheitliche Aufgaben in der Prüfung von Entscheidungen nach dem deutschen Asylrecht und der Genfer Flüchtlingskonvention wahrnehmen. Das ist eigentlich nicht mehr überraschend, nachdem angelsächsische Anwaltskanzleien in Berlin die zentralen Aufgaben für deutsche Ministerien in der noch anfallenden Gesetzgebung übernommen haben.

In Hannover geht es aber um den krönenden Abschluss für die Aufgabe der vorhandenen deutschen Souveränität: TTIP. Wer kann schon etwas gegen die Angleichung von technischen Normen haben, wenn es dabei fair zugeht und nicht nur die eigene deutsche Industrie als Konkurrent beseitigt werden soll?

Was soll eigentlich noch der Staat, was sollen Wahlen, Parlamente und Regierungen, wenn amerikanische Globalkonzerne über Geschäfts- und Gewinnerwartungsbeschlüsse der Vorstände dieser Unternehmen Staaten vor Schiedsgerichte zerren können? Dabei macht es keinen Unterschied, ob dies zur Förderung der Grossspender der Demokratischen Partei in den USA amerikanisch-dominierte Anwaltskonzerne oder Handelsgerichtshöfe des Modells *«Vizekanzler Gabriel»* sein sollen.

Allein der Umstand, dass privat-ökonomische Gewinnerwartungen der Grund für Klagen gegen demokratische Staaten sein sollen, ist das zentrale Übel und das Ende des europäischen Staates, wie wir ihn kennen und zu dem wir als Staatsbürger stehen. Wir wählen über den Bundestag auch eine Kanzlerin oder einen Kanzler und keinen *«Bereichsleiter Deutschland»* in der amerikanischen *«Neuen Weltordnung»* oder wie man die *«neue transatlantische Wohlstandssphäre»* sonst auch nennen will.

«Bundeswehr im Innern» bedeutet die Übernahme der vollziehenden Gewalt in Deutschland durch Washington

Zur Stützung der *«Neuen Weltordnung»* ist die NATO zum globalen Angriffsbündnis mutiert. Karlsruher Richter verstiegen sich zu der Ansicht, dass eine völlige Veränderung des Vertragszwecks am deutschen Volk und am Deutschen Bundestag vorbei eine *«zulässige Weiterentwicklung des eigentlichen Vertragszwecks»* sei, für die keine Zustimmung des Deutschen Bundestages nötig ist. Demnach ist in Deutschland Recht das, was der NATO nutzt.

In der NATO wurde und wird geübt, wie neben der militärischen Komponente die militärische Übernahme ziviler Kompetenzen auszusehen hat. Wenn jetzt die CDU/CSU den Einsatz der Bundeswehr im Innern vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung selbst geschaffenen Bedrohung fordert, dann bedeutet das in Anbetracht der Kommando-Strukturen in der NATO nur eines: Washington übernimmt die deutsche Innenpolitik und damit die vollziehende Gewalt.

Vor wenigen Wochen noch hat man die deutsche nationale Entscheidung über den sogenannten Parlamentsvorbehalt aufgegeben und der NATO-Befehlsgewalt die verzugslose Unterstellung der Bundeswehr garantiert. In seiner berühmten Rede am 4. Juni 2014 vor der Universität der Bundeswehr in Hamburg hat Dr. Peter Gauweiler darauf hingewiesen, wie wenig die Bundeswehr in der NATO zu einem System der kollektiven Sicherheit beiträgt und wie wenig das mit der Entstehungsgeschichte des deutschen Wehrbeitrages in Verbindung zu bringen ist.

Am 25. April 2016 geht es in Hannover offensichtlich um eines: Die bedingungslose Auslieferung Deutschlands. RT-Deutsch bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/inland/37764-fluchtursachen-bekampfen-prasident-obama-in/>

IS unterschätzt – Frieden in Deutschland in Gefahr!

Posted on April 13, 2016 by admin

Während der Verfassungsschutz die Lage unterschätzt, hat das Volk den Verfassungsschutz nie überschätzt. Menschen gehen seit Monaten auf die Strasse und warnen vor der Islamisierung Deutschlands und Europas und werden dafür beschimpft und ausgelacht.

Doch jetzt kommt der Verfassungsschutz zu der Einschätzung, dass sie nicht wissen konnten, was sie jetzt wissen, da es nicht vorhersehbar gewesen sein soll.



London, Berlin und Paris sind sich darin einig, dass der ›Islamische Staat‹ (Anm. Islamistischer Staat) – von Washington installiert – zerschlagen werden muss.

Möglicherweise erleben wir den Beginn eines neuen 30-jährigen Krieges mit. Er wird auch Europa mehr verändern als alle anderen Ereignisse seit dem 2. Weltkrieg.

«Der IS will auch Anschläge gegen Deutschland und deutsche Interessen durchführen», sagte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maassen.

Dazu werde in der Propaganda des sogenannten Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates) aufgerufen. «Deutsche Städte werden in einem Zusammenhang mit anderen Metropolen wie Paris, London oder Brüssel genannt», sagte Maassen. Er halte die Sicherheitslage für sehr ernst, es lägen aber derzeit keine Erkenntnisse über konkrete Pläne für Anschläge in Deutschland vor.

«Das islamistisch-terroristische Potenzial liegt bei etwa 1100 Personen», so Maassen. Hinzu kämen 8650 Salafisten. «Die Zahl steigt praktisch täglich.» Islamisten versuchten auch, Flüchtlinge für sich zu gewinnen.

So seien bereits rund 300 Anspracheversuche gezählt worden, sagte der Präsident des Verfassungsschutzes. «Sorgen machen mir vor allem die vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Diese Gruppe wird gezielt angeworben.» Das seien aber nur die gemeldeten Fälle, die tatsächliche Zahl sei viel höher.

Dass der IS den Flüchtlingsstrom nutzt, hätten die Sicherheitsbehörden von Anfang an für eine Option gehalten, sagte Maassen. «(Wir) hielten es aber für weniger wahrscheinlich», weil das Risiko schlichtweg zu hoch sei. Dennoch habe der IS seine Leute unter die Flüchtlinge gemischt. Ich nenne das eine ›show of force‹ (Machtdemonstration). «Mittlerweile wissen wir: Was den IS angeht, müssen wir eben auch dazulernen», so Maassen.

Ein grosses Problem sei zudem, dass etwa 70 Prozent der einreisenden Flüchtlinge keine gültigen Pässe vorlegten. «Ich habe die Sorge, dass wir und unsere Partnerdienste in unseren Datenbanken zwar Informationen über gefährliche Personen gespeichert haben. Uns könnte jedoch entgangen sein, dass sie bereits bei uns sind, weil sie mit falschen Identitäten einreisen.»

Dass der Präsident des Verfassungsschutzes lernfähig ist lässt hoffen, denn er kommt von ganz allein zu folgender Erkenntnis:

«Der Begriff ›Terror‹ verniedlicht deshalb den IS. Wir haben es vielmehr mit einer kriegerischen Auseinandersetzung zu tun.»

Quelle: indexexpurgatorius | Quelle: <http://marialourdesblog.com/is-unterschatzt-frieden-in-deutschland-in-gefahr/>

Vorwürfe an die USA

Veröffentlicht am 11. April 2016 von Dieter



Eine Verringerung der Konflikte scheint nicht angestrebt zu sein

Der russische Ökonom und Berater von Putin zu Fragen der regionalen Integration, Sergej Glasjew, hat den USA vorgeworfen, sie würden «einen weiteren Weltkrieg entfesseln», um das kollabierende transatlantische Finanzsystem zu retten. Den Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Krise sieht er, wie er am 29.3. in einem Interview erklärte, im Fortgang der von Russland gezielt verfolgten Entwicklungsstrategie sowie in der eurasischen Integration. Wie Glasjew das weitere ausführte, betrachteten das Weisse Haus und andere in Washington «die Welt auch weiterhin durch das Prisma des Kalten Krieges und der britischen Konfrontation mit Russland und Deutschland, und nun entfesseln die USA einen weiteren Weltkrieg.

Die Kombination aus den objektiven Problemen der amerikanischen Finanzoligarchie und der seltsamen Geisteshaltung der amerikanischen Geopolitiker

droht einen Weltkonflikt auszulösen», was er wie folgt erläuterte: «Die Wirtschaftsunternehmen, die die USA beherrschen, dienen einer Finanzoligarchie und haben das amerikanische monetäre und finanzielle System destabilisiert. Die Ursachen der globalen Finanzkrise von 2008 sind nicht verschwunden und die amerikanische Schuldenblase, Finanzpyramiden, die aus Derivaten und nationalen Schulden bestehen – wächst immer noch. ... Dieser Prozess kann nicht unbegrenzt weitergehen.» Hinsichtlich der Kriegspolitik als solcher sagte er: «Wie immer in einer sich verändernden Weltwirtschaftsordnung versucht das Land, das die Führungsrolle verliert, einen Weltkrieg in Gang zu setzen, um die Peripherie zu beherrschen. Das amerikanische politische Establishment hat die Gespenster der Geopolitiker des 19. Jahrhunderts wieder heraufbeschworen. Damals war die wichtigste Frage, wie man das Russische Reich ruinieren konnte; und noch immer betrachten sie die Welt mit den Augen der Falken des 19. Jahrhunderts, als Grossbritannien versuchte, seine Hegemonie zu retten, indem es den Ersten Weltkrieg in Gang setzte.» Glasjews Antwort auf diese Gefahr ist folgender Vorschlag: «Wir müssen eine breite, antimilitärische Koalition aufbauen, unsere vorrangige Entwicklungsstrategie und die eurasische Integration weiterverfolgen, unsere finanzielle und wirtschaftliche Souveränität zurückgewinnen und die eurasische Integration anstreben. Um den Krieg zu verhindern, müssen wir das Ziel des Präsidenten realisieren, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. Es ist sehr wichtig, unsere europäischen Partner und unsere Partner im Fernen Osten und im Süden davon zu überzeugen, dass wir kooperieren müssen: Nicht, indem wir sie erpressen oder bedrohen, sondern durch Projekte zum gegenseitigen Vorteil, die unsere wirtschaftlichen Potentiale verbinden, während sie die Souveränität jedes Landes respektieren.» [1]

«Die Terror-Makers»

Diesen Titel hat der bei Bonn lebende Dr. Izzedin Musa am 26. März seiner Betrachtung der gegenwärtigen Situation, aus der wir nachstehend einen Ausschnitt veröffentlichen, vorangestellt und wie folgt eingeleitet: «Als die von George W. Bush angeführte Allianz der Willigen den Irak im Jahre 2003 mit einer Lüge und gegen das Völkerrecht überfiel und Saddam Hussein stürzte, öffnete sie, ohne es zu wissen, **die Tore der Hölle**» – was heute vor unser aller Augen sichtbar ist.

«Nachdem Saddams Armee – ausschliesslich sunnitisch – aufgelöst worden war und arbeits- und perspektivlos in alle Himmelsrichtungen zerstreut wurde, bildete sich daraus in der Folge der Kern von al-Qaida im Irak, aus dem sich dann später der sogenannte «Islamische Staat» (Anm. Islamistische Staat) im Irak und in Syrien (resp. Daesh) abspaltete, der die Amerikaner rachsüchtig bekämpfte und ihnen schwere Verluste beifügte, bis der Nachfolger von Bush, Barack Obama, sich dafür entschied, seine Soldaten aus dem Irak zurückzuziehen. Die Saat des Bösen war jedoch bereits gelegt und die Terrorgeschichte nahm ihren Lauf. Wer also glaubt, die Terroristen wären vom Himmel gefallen, der ist naiv und irrt gewaltig. Der Terror ist schon bei uns angekommen, ist unter uns, und erst recht seine Macher. Saudi Arabien «Musterdemokratie» und nachahmenswertes Beispiel für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit, nahm diese versprengte Sunniten-Armee an sich und indoktrinierte sie mit seiner wahhabitisch-salafistisch-extremistischen (Un-)Islamrichtung, finanzierte und bewaffnete sie, um sie dann gegen Andersgläubige, hauptsächlich Schiiten, aber auch gegen Anhänger eines moderaten Islams einzusetzen. Die Saudis finanzierten auch – und tun dies immer noch – die kostenlose Koranverteilung in Europa und anderswo. Hierbei konnten ihre Handlanger in aller Öffentlichkeit viele willige perspektivlose und verkrachte Existenzen für ihre Ideologie rekrutieren, damit sie nach Syrien eingeschleust werden konnten, um dort

das verhasste Alawiten-Assad-Regime – eine Sekte der Schiiten – zu bekämpfen. Die Koranverteilung und der Versuch zur Rekrutierung gehen bis heute weiter, auch nach den Pariser und Brüsseler Anschlägen, was ich am heutigen Tag, dem 26. März, mitten auf dem Theaterplatz in Bad Godesberg selbst beobachten konnte.

Für die Einschleusung der Rekrutierten war und ist noch immer der sunnitische Neo-Sultan des «Osmanischen Reichs», Recep Tayyeb Erdogan, zuständig. Die Gelüste des Sultans sind durch Gebietseinverleibung auf syrischer Seite begründet. Allerdings mussten diese Willigen zunächst ein Kampftraining auf neo-osmanischem Boden absolvieren, wurden dann bewaffnet und nach Syrien weitergeleitet. Der Sultan, der keine gegenteilige Meinung oder Widerspruch in seinem Land zulässt, etablierte wohlwollend eine verdeckte Zusammenarbeit mit den Terrorbanden. Schliesslich fanden sich in Syrien Terroristen aus 80 verschiedenen Ländern und Nationalitäten ein, darunter über fünftausend Europäer, die sich mehrheitlich dem Daesh angeschlossen haben. Die Terroristen aus Europa wurden an der Ausreise gen Syrien nicht gehindert, ja gar mehrheitlich dazu ermutigt, die Reise über die Türkei anzutreten. Dass diese, kampferprobt und noch viel stärker radikalisiert als zuvor, eines Tages zurückkehren würden, konnte man sich in Europa nicht vorstellen. Man hatte gedacht, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits einen Regime-Change in Syrien zu erreichen, andererseits würden die Terroristen dort getötet, womit wir sie los hätten. Die Politiker und ihre Geheimdienste in der westlichen Welt haben sich diesbezüglich allerdings gewaltig geirrt.

Nach der Schah-Ära erhob das Wahhabiten-Herrscherhaus in Saudi-Arabien den Anspruch auf die Führungsrolle in der Region, die ihm der Iran, nach der 1979er-Revolution, streitig gemacht hatte. Nun galt es, die schiitische Achse Iran-Irak-Syrien-Hisbollah zu brechen. Um dieses Ziel zu erreichen, war den Saudis jedes Mittel recht. Hier drängt sich die Frage auf, warum Saudi-Arabien mit dem Schiitentum und den schiitischen Nachbarn vor 1979, zur Zeiten des Schahs, eigentlich keine Probleme hatte. Die Antwort ist denkbar einfach. Der Schah war ein Freund und Liebling Israels und der USA. In dieser Zeit waren die Saudis nichts anderes als mucksmäuschenstille Bedienstete der USA. Die Machtgelüste erwachten erst, als die USA ihren «Freund und Liebling» fallen liessen: Da sahen die Wüstensöhne ihre Zeit gekommen, um den Thron der Macht zu erklimmen. Die islamische Revolution mit Ayatollah Khomeini sollte kein Hindernis sein – wie sie dachten. Dass die Amerikaner keine Freunde, sondern lediglich nur eigene Interessen haben, die sie über alles stellen, können die arabischen «Freunde», aber auch die Europäer, nicht verstehen und nicht nachvollziehen. Um das verhasste, noch «schwache» Mullah-Regime im Iran niederzureissen, das den saudischen Interessen im Wege steht, setzten die «Kamelreiter» den nach dem Fall des Schahs erstarkten Saddam Hussein als Instrument ein, um einen Krieg gegen den Iran vom Zaun zu brechen. Der «ahnungslose» Saddam wusste nicht, dass es galt, am Ende auch ihn zu schwächen, damit er zukünftig keine Gefahr mehr für sie darstellen und ihre Interessen nicht bedrohen konnte. Würde man den Iran besiegen, bräche die schiitische Achse in sich zusammen. Also wurde das Instrument Saddam von den USA mit Waffen und von Saudi-Arabien mit einem Milliarden-Dollarregen überschüttet. Ein achtjähriger Krieg, 1980 bis 1988, begann. Amis, inklusive Israel und Saudis, hegten noch einen geheimen Wunsch, der darauf zielte, **nicht nur den Iran in den Anfängen zu ersticken**, sondern auch Saddam, vor dem sie sich fürchteten und den sie als ein Dorn im Auge betrachteten, zu schwächen. Deshalb sollten die Emirate den Iran unterstützen, damit sich beide Seiten, der Irak und der Iran, so lange aneinander reiben würden, bis beide geschwächt waren. Keiner der beiden sollte als klarer Sieger hervorgehen. Als der Krieg, mit unzähligen Opfern auf beiden Seiten, nach 8 Jahren zu Ende ging, zog der Iran daraus eine Lehre und baute sich auf allen Ebenen und Gebieten auf, womit er ununterbrochen fortfährt, um auf gleicher Augenhöhe mit dem Westen dazustehen. Und er hat es auch geschafft.

Andersherum versanken die Herrscher auf der arabischen Peninsula im Tiefschlaf und versenkten Milliarden und Abermilliarden von US-\$ im Sand, in Waffen-Geschäfte, zu Gunsten der USA, Frankreichs, Grossbritanniens und Deutschlands, um unsinnige Kriege gegen souveräne Staaten wie Syrien, Irak und den Jemen zu führen. Sie haben es aber total versäumt, für einen Teil der verschleuderten Milliarden, etwas Verstand zu ersteigern. Die amerikanische Rolle im ganzen Theater war und ist, um es gelinde auszudrücken, ein dreckiges Spiel. Der US-Präsident und «Nobelpreisträger für Frieden» hat uns weismachen wollen, dass der Krieg gegen den IS zehn oder gar zwanzig Jahre dauern werde. Er hat damit nichts anderes gemeint, als die Region, voran Syrien und den Irak, solange zu zerfleddern, bis alles auseinanderfliegt. **Die USA wollten eingangs nie, dass der Daesh für immer vernichtet wird.** Oft haben sie in Irak «irrtümlich» Waffen und Munition für diese Terrororganisation abgeworfen. Was Saddam Hussein betrifft, so schnappte die Falle gegen den Grössenwahnsinnigen 1991 zu. Der Rest darüber ist bekannt. Die USA haben auch die Saudi-Allianz gegen den Jemen gutgeheissen und sie ermutigt, anzugreifen; wobei sie selbst durch die Lieferung grosser Mengen an Waffen profitierten. Die erbärmliche Rolle der Vereinigten Staaten in Libyen ist uns immer noch in Erinnerung. Nutzniesser von diesem ganzen «Arabischen Tiefwinter» ist einzig und allein Israel.

Zurück zu Europa. Man dachte, diese ganze Entwicklung in der Region des Nahen und Mittleren Ostens sei weit entfernt und gehe uns nichts an. Ein Schelm, wer sich Böses dabei denkt. Die USA und die Europäer sind nur noch Gefangene und Sklaven ihrer Wirtschaftsinteressen und abhängig von Petro-Dollars, wofür sie auch bereit wären, ihre «heiligsten» Werte über Bord zu werfen. Sie haben dabei nicht bedacht, **dass der von ihnen exportierte Terror irgendwann unweigerlich nach Europa heimkehren würde.** Das Verhalten und Vorgehen gegen das Assad-Regime und das Atom-Abkommen mit dem Iran, das der französische Präsident François Hollande und sein zum Christentum konvertierter Aussenminister Laurent Fabius, Angehörige der «Grande Nation», an den Tag legten, ist bester Beweis dafür, wie sie sich nach dem milliardenschweren Waffendeal für Saudi-Arabien prostituierten. Unzählige Male hatte sich Fabius gegen das Abkommen mit dem Iran, das kurz vor dem Abschluss stand, quergestellt und jede politische Lösung in Syrien torpediert, um Israel und Saudi-Arabien zufriedenzustellen. Es ist kein Geheimnis, dass die französischen Geheimdienste den Wunsch äusserten, mit den syrischen Geheimdiensten verdeckt zu kooperieren, um den Terror zu bekämpfen. Allerdings stellte die syrische Seite die Bedingung, dass eine Zusammenarbeit in punkto Sicherheit erst dann erfolgen könne, wenn man gleichzeitig auf diplomatisch-politischem Terrain zusammen arbeite, d.h. sich für eine politische Lösung einsetze. Die Führung der «Grande Nation» lehnte ab, um Israel nicht zu erzürnen und den Milliarden-Waffen-Deal mit den Saudis nicht zu gefährden; und so lehnte auch Syrien eine Kooperation ab.

Deutschland ist nicht viel besser dran. Ob nun Merkel, Steinmeier oder Gabriel, sie alle gaben sich im Königspalast in Riad die Klinke in die Hand. Sie lieferten dem reaktionärsten Regime verfassungswidrig Waffen und warfen damit all ihre «Werte» über Bord. Das Verhalten der USA und Europas führte zur Stärkung der Terrorgruppen von ISIS, al-Nusra-Front und weiteren. Nachdem auch Russland in den Konflikt eingriff, steht der IS in Syrien wie auch im Irak auf einem steilen Hang und läuft von einer Niederlage zur nächsten. Er befindet sich auf dem Rückzug und sucht in allen Herren Ländern Rückzugsgebiete, vor allem in Europa, was die USA und Europa nun endlich bemerkt haben; und es daher jetzt ernst meinen, den Terror bekämpfen zu wollen. Jedoch werden sie nicht verhindern können, dass viele, sehr viele der IS-Anhänger, im Kleid eines syrischen oder irakischen Flüchtlings versteckt, Zuflucht finden werden, vorzugsweise in Deutschland mit der «Willkommenskultur» und der Zusicherung «Wir schaffen das.» Was danach kommt, wäre eine «Daesh-Scharia» in Europa. Wer sollte das verhindern, wenn sich die Mörder von Paris und Brüssel unbehelligt durch halb Europa bewegen konnten, mit Übernachtungen in Ulm und anderswo? Man scheint den Ernst der Lage nicht bedacht zu haben. Mit Recht fordert der russische Aussenminister Sergei Lawrow Europa auf, die geopolitischen Spielereien in der Nahostregion endlich zu unterlassen und den Terror gemeinsam zu bekämpfen, um zu einer ehrlich gemeinten politischen Lösung in Syrien kommen zu können.

In Europa hat man die Terror-Drohungen, die uns auf Deutsch, Französisch, Englisch und Arabisch über zahlreiche Medien erreichten, nicht ernst genommen. Sonst hätte sich der Top-Terrorist, Drogenkonsument, «IS-Ideologieanhänger und Vollstrecker», Abdelsalam Salah, nicht über vier Monate lang vom Geheimdienst unbehelligt in seinem Geburtsort Molenbeek aufhalten können, bevor er gefasst wurde. Diesem Terror sind wir in Europa jetzt ausgeliefert, da man hier das alles nicht wahrhaben wollte und nicht vorgesorgt hat. Man wird diesen Terroristen nichts oder nur sehr wenig entgegensetzen können. Die Mörder wollen Zivilisten töten. Wenn die Flughäfen gut gesichert sind, gehen sie in Metro-Stationen. Und wenn diese auch gut gesichert sind, gehen sie einfach ins Kino, ins Stadion oder auf ein Volksfest. Also dorthin, wo viele ahnungslose und unschuldige Menschen sind. Solche Ziele sind zahlreich und mannigfaltig. Die Politikerkaste der westlichen Welt ist gefordert und sollte endlich aus ihrem Tiefschlaf aufwachen und **sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Nahen Ostens einmischen.** Sie sollten deren Ressourcen nicht ausplündern, sie nicht nur als Absatzmarkt benutzen, sie endlich auf gleicher Augenhöhe betrachten und behandeln, und sie vor allem nicht mit dem Vorwand und Schein der Freiheit, Demokratie und westlichen Grundwerten überfallen. Erst dann können Frieden und Eintracht erreicht werden. Solange wir das nicht tun, bleibt die grosse Frage: Wer wird der Nächste nach Madrid, London, Frankfurt, Paris, Ankara und Brüssel sein?»

Dr. Izzeddin Musa; Wachtberg am 26. März 2016

«Ein Weltkrieg hat begonnen»

Dies der Titel der Rede, die der mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete englische Journalist John Pilger am 22. März 2016 an der Universität von Sidney hielt. In dieser legte er unter anderem folgendes dar: Wie vielen Menschen ist klar, dass ein Weltkrieg begonnen hat? Gegenwärtig ist es ein Propagandakrieg, ein Krieg der Lügen und der Ablenkung. Aber dies kann sich mit dem ersten falsch verstandenen Befehl, der ersten Rakete sofort ändern. 2009 sprach Präsident Obama im Herzen Europas vor einer jubelnden Menge im Zentrum Prags. Er

verpflichtete sich, «die Welt von Atomwaffen zu befreien». Die Menschen jubelten und einige weinten sogar. Die Medien reagierten mit einem ganzen Schwall von Phrasen. Obama erhielt wenig später den Friedensnobelpreis. Aber es war alles nur Show. Er hatte dreist gelogen. Denn die Regierung Obama hat immer mehr Atomwaffen, atomare Sprengköpfe, Trägersysteme für Nuklearwaffen produziert und Atomfabriken gebaut. Unter Obama stiegen die Ausgaben allein für atomare Sprengköpfe stärker als unter jedem anderen amerikanischen Präsidenten. Über einen Zeitraum von 30 Jahren gerechnet, belaufen sie sich auf mehr als 1 Milliarde \$. Eine Mini-Atom-bombe ist in Planung. Sie ist unter der Bezeichnung «B 61, Modell 12» bekannt. So etwas wie diese Bombe hat es noch nie gegeben. Der frühere stellvertretende Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff sagte dazu: «Mit jeder Verkleinerung wird der Einsatz dieser (Atom-)Bombe denkbarer.»

Seit 18 Monaten findet entlang der russischen Westgrenze der grösste militärische Aufmarsch seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Die USA übernehmen dabei die Führung. Zum ersten Mal seit dem Einmarsch Hitlers in die Sowjetunion stellen ausländische Streitkräfte eine derartige reale Bedrohung Russlands dar. Die Ukraine, die einst zur Sowjetunion gehörte, ist zu einem CIA-Themenpark geworden. Nachdem Washington einen Putsch in Kiew gesteuert hat, kontrolliert es nun ein Regime, das ein unmittelbarer Nachbar Russlands und Russland gegenüber feindlich eingestellt ist; zudem ist dieses Regime mit Nazis durchsetzt. Bekannte Persönlichkeiten des ukrainischen Parlaments gehören zu den politischen Erben der berüchtigten Faschisten der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA). Sie loben öffentlich Hitler und fordern die Verfolgung und Vertreibung der russischstämmigen Minderheit. Doch diese Informationen haben im Westen keinen Neuigkeitswert oder sie werden auf den Kopf gestellt, um die Wahrheit zu unterdrücken. In Lettland, Litauen und Estland – ebenfalls direkte Nachbarn Russlands – stationiert das amerikanische Militär Kampftruppen, Panzer und schwere Waffen. Diese schwerwiegende Provokation der zweitgrössten Nuklearmacht weltweit wird vom Westen totgeschwiegen.

Aber eine vergleichbare Kampagne gegen China lässt die Aussicht auf einen Atomkrieg noch dramatisch weiter ansteigen. Es vergeht selten ein Tag, an dem China nicht als «Bedrohung» bezeichnet wird. Laut Admiral Harry Harris, dem Oberbefehlshaber des U.S. Pacific Command, errichtet «China im Südchinesischen Meer eine gigantische Mauer». Er bezieht sich hier darauf, dass China auf den Spratly-Inseln, deren territoriale Zugehörigkeit zwischen China und den Philippinen umstritten ist, künstliche Landebahnen errichtet. Dieser Konflikt spielte eine untergeordnete Rolle, bis Washington Druck ausübte und die Regierung in Manila bestach. Dann begann das Pentagon eine Kampagne mit dem Schlachtruf «Für die Freiheit der Schifffahrt!» Was ist damit wirklich gemeint? Es bedeutet, dass Amerika die Freiheit für sich in Anspruch nimmt, seine Kriegsschiffe in die Küstengewässer Chinas zu entsenden und diese zu kontrollieren. Stellen Sie sich nur einmal vor, wie Amerika reagieren würde, wenn chinesische Kriegsschiffe das Gleiche vor der kalifornischen Küste täten. In meiner Dokumentation «Der Krieg, den man nicht sieht» sprach ich mit vielen herausragenden Journalisten aus den USA und Grossbritannien. Dazu zählten bekannte Grössen wie der langjährige Nachrichtenmoderator Dan Rather vom Sender CBS, Rageh Omaar von der BBC oder David Rose vom britischen Observer. Sie alle erklärten übereinstimmend: Hätten die Journalisten und Moderatoren ihren Job richtig gemacht und die Propaganda hinterfragt, nach der Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge, und wären die Lügen von George W. Bush und Tony Blair nicht von den Medien verstärkt und verbreitet worden, hätte der Einmarsch in den Irak 2003 vielleicht nicht stattgefunden, und Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder wären möglicherweise heute noch am Leben.

Die Propaganda, die heute einem Krieg gegen Russland und/oder China den Boden bereitet, unterscheidet sich davon nicht grundsätzlich. Meines Wissens stellt kein Mainstream-Journalist – das Äquivalent eines Dan Rather sozusagen – die Frage, warum China überhaupt Landebahnen im Südchinesischen Meer errichtet. Die Antwort liegt auf der Hand. Die USA kreisen China mit einem Netzwerk aus Militärstützpunkten, ballistischen Raketen, Trägerkampfgruppen und nuklearbestückten Bombern ein. Dieser tödliche Bogen spannt sich von Australien bis zu den Inseln im Pazifik, den Marianen und den Marshall-Inseln sowie Guam und weiter bis zu den Philippinen, Thailand, Okinawa, Korea und durch ganz Eurasien bis nach Afghanistan und Indien.

Amerika hat China eine Schlinge um den Hals gelegt. Das ist keine Neuigkeit, aber die Medien schweigen und sind damit am Propagandakrieg beteiligt.

2015 führten die USA und Australien unter hoher Geheimhaltung das grösste einzelne militärische Luft-See-Manöver der jüngsten Geschichte durch, das unter der Bezeichnung «Talisman Sabre» bekannt ist. Gegenstand der Übung war ein Luft-See-Schlacht-Szenarium im Zusammenhang mit einer Blockade von Schifffahrtswegen – wie etwa der Strasse von Malakka oder der Lombokstrasse – die China von seiner Versorgung mit Erdöl und anderen wichtigen Rohstoffen aus dem Nahen Osten und Afrika abschneiden würde. Im Zirkus, der auch als

amerikanischer Präsidentschaftswahlkampf bekannt ist, wird Donald Trump als Verrückter, als Faschist dargestellt. Er ist sicherlich in vieler Hinsicht abstossend, aber er ist zugleich Ziel einer Hasskampagne der Medien. Das allein schon sollte uns skeptisch stimmen. Trumps Einstellung zu Einwanderern ist grotesk, aber auch nicht schlimmer als die Meinung von David Cameron. Nicht Donald Trump ist der grosse Abschieber in den USA, sondern der Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Einer der ungeheuerlichen liberalen Kommentatoren sagte einmal, Trump «entfessele (in den USA) die dunklen Mächte der Gewalt» – er entfesselt sie? Tatsächlich?

Die USA sind das Land, in dem Kleinkinder ihre Mütter erschossen und die Polizei einen mörderischen Krieg gegen schwarze Amerikaner führt. Die USA sind das Land, das mehr als 50 Regierungen angegriffen und zu stürzen versucht hat. Viele dieser Regierungen waren demokratisch gewählt worden. Die USA haben von Asien, dem Nahen und Mittleren Osten alles bombardiert und sind für den Tod und die Vertreibung von Millionen von Menschen verantwortlich. Kein Land kommt an diesen systemischen Gewaltrekord heran. Die meisten Kriege Amerikas – praktisch alle gegen hoffnungslos unterlegene Länder ohne Verteidigungsmöglichkeiten – wurden nicht von republikanischen Präsidenten, sondern von liberalen Demokraten begonnen und geführt: Truman, Kennedy, Johnson, Carter, Clinton, Obama.

1947 wurde das vorrangige Ziel amerikanischer Aussenpolitik in einer Reihe von Direktiven des Nationalen Sicherheitsrats als «eine Welt» beschrieben, «die sich im Kern am Vorbild (Amerikas) orientiert». Diese Ideologie war reinster, messianischer Amerikanismus. Wir sind entweder alle Amerikaner oder Ketzer. Und Ketzer treten entweder zum wahren Glauben über oder werden unterdrückt, bestochen, verleumdet oder vernichtet. Donald Trump verkörpert dies zwar auch, aber er ist zugleich ein sogenannter «Maverick» – ein Einzelgänger. Er erklärt offen, der Einmarsch in den Irak sei ein Verbrechen gewesen; und er will keinen Krieg mit Russland und China. Die grösste Gefahr für uns geht nicht von Trump, sondern von Hillary Clinton aus. Sie ist kein Maverick, sie verkörpert die Widerstandsfähigkeit und Gewalt eines Systems, hinter dessen behaupteter «Einzigartigkeit» sich ein Totalitarismus mit einer manchmal liberalen Maske verbirgt. Jetzt, wo der Wahltag im November immer näher rückt, wird Clinton ungeachtet ihrer Verbrechen und Lügen als die erste weibliche Präsidentin gepriesen, so wie Barack Obama als der erste schwarze Präsident in den Himmel gehoben wurde und die Liberalen sein Schwadronieren über «Hoffnung» schluckten. Und das Sabbern geht weiter. Nachdem der Kolumnist des britischen «Guardian», Owen Jones, Obama als «lustig, voller Charme und mit einer Coolness, die praktisch allen anderen Politikern fehlt» beschrieben hatte, schickte dieser am folgenden Tag Drohnen aus, um 150 Menschen in Somalia abzuschlachten. Wie die «New York Times» berichtete, tötet er Menschen in der Regel dienstags, wenn ihm eine Liste mit potentiellen Todeskandidaten durch Drohnenbeschuss vorgelegt wird. Das ist wirklich cool.

In ihrem Präsidentschaftswahlkampf 2008 drohte Hillary Clinton damit, den Iran mit Atomwaffen «völlig auszulöschen». Als Aussenministerin unter Obama war sie am Sturz der demokratischen Regierung von Honduras beteiligt. Und ihr Beitrag zur Zerstörung Libyens 2011 nahm sich direkt schadenfroh aus. Nach der Beseitigung des libyschen Machthabers Oberst Muammar al-Gaddafi, dessen Ermordung möglicherweise mit Hilfe amerikanischer Logistik zustande kam, kommentierte Clinton seinen Tod hämisch mit den Worten: «Wir kamen, wir sahen, er starb.» (Die Redewendung «veni, vidi, vici» wird dem römischen Feldherrn Gaius Julius Caesar nach einem leicht errungenen Sieg zugeschrieben.) Zu den engsten Verbündeten Hillary Clintons gehört Madeleine Albright, ebenfalls eine frühere Aussenministerin, die junge Frauen dafür kritisierte, «Hillary» nicht zu unterstützen; dieselbe Madeleine Albright hatte im berühmten Interview auf die Frage, ob der Tod von einer halben Million irakischer Kinder die ganze Sache wert gewesen sei, geantwortet: «Wir sind der Ansicht, dass es das wert war.»

Zu den wichtigsten Unterstützern Clintons gehören die Israel-Lobby sowie die Waffen- und Rüstungskonzerne, die die Gewalt im Nahen Osten anheizen.

Ihr Ehemann und sie haben von der Wall Street ein kleines Vermögen erhalten. Aber immer noch wird sie zur Kandidatin der Frauen hochstilisiert, die Donald Trump, die offizielle Verkörperung des Bösen, aufhalten soll. Zu ihren Unterstützern zählen angesehene Feministinnen wie Gloria Steinem und die Australierin Anne Summers. Seit etwa einer Generation hält eine postmoderne Ideologie, die heute als «Identity Politics» bekannt ist, viele intelligente und liberale Menschen davon ab, die Hintergründe, Motive und individuellen Personen zu hinterfragen, wie sie in Fällen öffentlicher Unterstützung gegeben sind, wie etwa im Zusammenhang mit der Irreführung in Bezug auf Obama und Clinton oder scheinbar progressiven Bewegungen wie «Syriza» in Griechenland, die ihr eigenes Volk betrog und mit ihren Feinden gemeinsame Sache machte.

Was ist aus der grossartigen Tradition der von den Parteien unabhängigen direkten öffentlichen Aktionen geworden? Wo sind der Mut, die Einbildungskraft und die Entschlossenheit geblieben, die notwendig sind, um

den mühseligen und langen Weg zu einer besseren, gerechten und friedlichen Welt einzuschlagen? Wo sind die Dissidenten in der Kunst, im Film, im Theater und in der Literatur? Wo sind diejenigen, die das Schweigen brechen? Oder warten wir so lange, bis die erste Atomrakete abgefeuert wurde?

[1] <http://www.bueso.de/node/8555> 7. 4. 16

[2] <https://www.rt.com/op-edge/336785-world-war-break-silence/> 22. 3. 16

A world war has begun. Break the silence – John Pilger

Quelle: politonline bzw. <http://krisenfrei.de/vorwuerfe-an-die-usa/>

USA provozieren Russland wieder vor der Haustür

Sonntag, 17. April 2016, von Freeman um 09:00

Zum wiederholten Mal ist es vor der Küste Russlands zu einer Provokation durch amerikanische Streitkräfte gekommen. Nach dem Vorfall auf See mit der USS Donald Cook, ich meine Donald Cook, am Dienstag vergangener Woche, ist es am Donnerstag in der Luft zu einer Konfrontation mit einem amerikanischen Spionageflugzeug gekommen, das sich der russischen Küste näherte und abgefangen wurde. Selbstverständlich stellen die westlichen Lügenmedien die Zwischenfälle völlig einseitig dar. Sie fragen nicht, was haben die Amerikaner 5000 Kilometer vom US-Festland entfernt und wenige Kilometer vor Russland überhaupt zu suchen? Sie reden dauernd von «internationalen Gewässern und Luftraum», unterschlagen aber die Tatsache, dass die Amerikaner vor dem Hauptquartier und der Basis der russischen Ostseeflotte in Kaliningrad (Königsberg) auf dem Meer und in der Luft herumschwirren. Ist doch verständlich, wenn Moskau diesem Treiben vor der Nase nicht tatenlos zusieht. Das Pentagon provoziert, beschwert sich dann aber oder besser gesagt, benimmt sich wie eine Heulsuse und fängt an zu heulen, wenn die Russen die Eindringlinge stellen.



Ein russischer Jet habe eine amerikanische «Aufklärungsmaschine» über der Ostsee abgefangen, hat das Pentagon gesagt, nur wenige Tage nachdem sich das US-Militär beschwerte, russische Flugzeuge seien im gleichen Gebiet «zu nahe» an einem US-Zerstörer vorbeigeflogen. Die amerikanische Militärführung verdreht die Situation und jammert, obwohl sie der Auslöser der Konfrontationen ist. Sollen sie sich doch aus der Ostsee und besonders von der russischen Küste fernhalten, dann käme es nicht dazu.

Das angebliche «Abfangen» soll am Donnerstag stattgefunden haben, sagte Danny Hernandez, ein Sprecher für das «European Command». EUCOM hat seinen Sitz in den Patch Barracks (ehemals Kurmärker Kaserne) in Stuttgart-Vaihingen, Deutschland. Er sagte, eine russische Su-27 «machte unregelmässige und aggressive Manöver», nur 15 Meter von der US-Maschine entfernt.



Die Boeing RC-135, eine Maschine zur elektronischen Aufklärung (Spionage), wurde «durch eine Su-27 in unsicherer und unprofessioneller Art und Weise abgefangen», sagte Hernandez, und er betonte dabei, die Maschine sei nicht in den russischen Luftraum eingedrungen.

«Die unsicheren und unprofessionellen Aktionen durch einzelne Piloten haben das Potential, die unnötigen Spannungen zwischen Länder zu eskalieren», sagte er. Der einzige, der hier unnötige Spannungen erzeugt, ist das US-Militär weit ab von seinen Heimatbasen. Wäre

ja noch schöner, in den russischen Luftraum einzudringen.

Das russische Verteidigungsministerium widersprach den Behauptungen und sagte, das Pentagon habe den Zwischenfall falsch dargestellt.

«Am 14. April haben die Luftverteidigungsstreitkräfte über der Ostsee ein nicht identifiziertes Luftziel entdeckt, das sich schnell auf die russische Grenze zubewegte. Ein Su-27 Kampfflugzeug wurde von der Ostseeflotte eingesetzt, um das Ziel zu identifizieren», sagte der Sprecher des Ministeriums, Generalmajor Igor Konashenkov. «Der

Flug der russischen Maschine fand nach internationalen Standards über die Nutzung des Luftraums statt. Keine gefährliche Situation hat sich daraus ergeben.»

Ein ähnlicher Vorfall mit einer amerikanischen RC-135 Spionagemaschine und einem russischen Abfangjäger ereignete sich im Januar über dem Schwarzen Meer. Damals hat das Pentagon auch gejammer und von «unsicherer und unprofessioneller Art und Weise» gesprochen.

Ist doch völlig normal und legitim, wenn die Russen nachschauen und prüfen, wer sich der Grenze nähert. Damit wird signalisiert, «wir beobachten euch und keinen Schritt weiter.»

Genau so hat es sich mit der Annäherung der USS Donald Cook an die russische Küste verhalten, ein US Navy Zerstörer, der vor der Zentrale der russischen Ostseeflotte herumkurvte. Das russische Militär hat überprüft, um wen es sich dabei handelt und welche Absichten die Amerikaner haben. Aber die Hosenscheisser haben gleich ein Drama daraus gemacht, die Russen seien zu nahe am Schiff vorbeigeflogen.



Igor Konashenkov kommentierte diesen Zwischenfall mit den Worten: «Offen gesagt, ich verstehe den Grund für diese wehleidige Reaktion an Hand unserer amerikanischen Kollegen nicht.»

Dann sagte er: «Während in operationaler Nähe zur russischen Marinebasis der Ostseeflotte, negiert das Prinzip der Freiheit der Navigation des US-Zerstörers nicht das Prinzip der Freiheit der Luftfahrt der russischen Flugzeuge.»

Nicht auszudenken, wenn der Spiess umgedreht wäre, wenn russische Kriegsschiffe und Flugzeuge im Golf

von Mexiko, nahe der US-Küste auftauchen würden, auch in «internationalen Gewässern und Luftraum». Das Geschrei aus Washington wäre ohrenbetäubend, und man würde von einem Kriegsgrund reden. Wenn aber die Amis vor der Küste der Russen provozieren, ist es was anderes und Moskau ist wieder der Böse.

Verpisst euch aus der Ostsee und dem Schwarzen Meer, dann gibt es keine Konfrontation, sag ich dazu.

Aber das Pentagon provoziert nicht nur die Russen ständig, sondern auch die Chinesen, und jammert wenn diese sich vor ihrer Küste nicht alles gefallen lassen. Ständig fahren amerikanische Kriegsschiffe auf und fliegen Spionageflugzeuge auf die chinesische Grenze zu. Wenn Peking diese abfängt, dann beschwert sich das Pentagon auch, China würde «unprofessionell» reagieren und «unsichere Manöver» durchführen.

Die Arroganz und Frechheit Washingtons, überall auf der Welt mit seinem Kriegsgerät aufzufahren und damit zu drohen und zu provozieren, ist der wirkliche Skandal, bringt tatsächlich Unsicherheit und stört den Weltfrieden. Diesen feigen Jammerlappen, die sich hinter ihrer «Übermacht» verstecken, müsste mal eine Lektion erteilt werden, damit sie wirklich einen Grund haben zu heulen.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/04/usa-provozieren-russland-wieder-vor-der.html#ixzz46BAqYTWWh>

Berlin im Panikmodus

Veröffentlicht am 16. April 2016 von Wolfgang Arnold, April 16, 2016



Merkel habe in der Causa Böhmermann im Umgang mit Erdogan ihre eigenen Werte verraten, schreibt die «New York Times». Quer durch die EU wird die Kanzlerin für ihren Kotau gegenüber dem Dogen von Ankara abgewatscht.

Nach ihrer Serie von Fehlentscheidungen in der Energie-Politik, der Euro-Krise, dem Desaster ihrer Willkommenspolitik für Flüchtlingsmillionen nun ihr Kriechen vor dem türkischen Präsidenten.

Kann eine Kanzlerin tiefer fallen? Sie muss in der Tat den Totalabsturz als Politikerin fürchten, anders ist ihr Versagen nicht zu erklären.

Nach den jüngsten drei Landtagswahlen und dem Durchmarsch der AfD ist das

Kanzleramt offenbar im Panikmodus.

Am 4. September wird in Mecklenburg-Vorpommern gewählt, am 18. September in Berlin, am 12. Februar 2017 wird ein neuer Bundespräsident gewählt, zwischen dem 16. März und 14. Mai 2017 folgen drei weitere Landtagswahlen und in gerade 16 Monaten möchte Merkel am 17. bis 24. September für eine weitere Periode ins Kanzleramt gewählt werden.

Merkel steht unter Stress. Sollten sich die Flüchtlingszahlen wie befürchtet bis zum Sommer gegenüber dem Vorjahr verdoppeln, wie die amtlichen Stellen in Italien und der Schweiz fürchten, dann wird Merkels Partei in der Versenkung verschwinden.

König Erdogan soll das verhindern. Mit seiner Hilfe sollen die Flüchtlingsmassen gestoppt werden. Ob es gelingt, ist mehr als fraglich, zumal hinter dem Abkommen mit der Türkei noch ein Geheimpapier bestehen soll. Noch ist es denkbar, dass Merkel durch Erdogan bei ihrem Flüchtlings-Deal über den Tisch gezogen wurde.

Nach seiner Zusammenarbeit mit dem Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) ist dem Türkenfürsten alles zuzutrauen. Wurde Merkel trotz ihres Deals mit Erdogan tatsächlich von ihm gelinkt, dann wäre unter ihren Getreuen das Mass an Geduld übertoll.

Merkel weiss, dass sie gelinkt wurde. Sie weiss auch, dass noch vor dem Sommer gewaltige Flüchtlingsströme durch Europa Richtung Buzenland ziehen werden. Die Ostgoten vor Rom waren ein Klacks dagegen. Die Schweiz bereitet sich mit Panzern gegen die Invasion vor. Frankreich hat seine Südgrenzen vorsorglich dicht gemacht. Italien will die Brenner-Route schliessen. Die Osteuropäer sagen schon lange «No». Merkel steht mit ihrer Refugees-Welcome-Politik allein auf weiter EU-Flur.

Der Kotau «der Patin» in der läppischen Sache Böhmermann legt die Schwäche dieser vor kurzem noch «mächtigsten Frau der Welt» bloss. Zu erbärmlich, um am East River Generalsekretärin Weltenvereinigung werden zu können. Mit ihrer Böhmermann-Entscheidung hat sie einmal mehr Recht und Gesetz mit Füßen getreten. Das Versagen der Staatlichkeit dürfte leider dafür sorgen, dass die Bürger dieses Landes demnächst selbst Recht und Gesetz in die Hand nehmen.

Quelle: <http://krisenfrei.de/berlin-im-panikmodus/>

Die Bundesregierung will Angriffskrieg-Verbot aus Grundgesetz streichen

Die Bundesregierung will Angriffskrieg-Verbot aus Grundgesetz streichen. Nun geht es ans Eingemachte. Mit dem «Weissbuch 2016» will die Bundesregierung die Aussen- und Sicherheitspolitik reformieren. Erste Vorschläge sind: Der Einsatz der Bundeswehr im Innern, abschaffen des Parlamentsvorbehalts und die Streichung des Angriffsverbotsartikels im Grundgesetz. Mit dem «Weissbuch 2016» (voller Name: «Weissbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr») will die Bundesregierung ihre aussen- und sicherheitspolitischen Strategien neu ausrichten. Seit dem Jahr 1969 formuliert die Bundesregierung in unregelmässigen Abständen in den sogenannten Weissbüchern ihre Problemanalysen und Lösungsansätze für die internationale Politik. Auch Reformen und Investitionen im Auswärtigen Amt, im Kanzleramt und in der Bundeswehr gehören regelmässig zu den Grundsätzen. Ein erster Entwurf des Weissbuchs 2016 liegt offenbar der «Süddeutschen Zeitung» vor. <http://www.sueddeutsche.de/.../sicherheit-einsatz-der-bundesw...> Darin geht es unter anderem darum, das verfassungsrechtliche Verbot, nach dem die Bundeswehr nicht im Innern eingesetzt werden darf, bis zur Unkenntlichkeit abzuändern. Bislang könne die Bundesregierung die Bundeswehr im Innern etwa «im Fall des inneren Notstandes» einsetzen, heisst es im vorliegenden Entwurf: «Charakter und Dynamik gegenwärtiger und zukünftiger sicherheitspolitischer Bedrohungen machen hier Weiterentwicklungen erforderlich, um einen wirkungsvollen Beitrag der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr an der Grenze von innerer und äusserer Sicherheit auf einer klaren Grundlage zu ermöglichen.» Zuvor hatte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion Henning Otte einen entsprechenden Vorschlag in der «Bild am Sonntag» unterbreitet (NEO-Presse berichtet). Doch auch bei den Auslandseinsätzen soll sich einiges tun. Im Entwurf heisst es: «In jüngster Zeit nimmt die Zahl der Einsätze und Missionen zu, die ein verzugsloses und konsequentes Handeln erfordern», heisst es im Dokument. Das impliziert, dass der Parlamentsvorbehalt, also die Entscheidungshoheit des Bundestages über Auslandseinsätze, für „verzugsloses [...] Handeln“ im Wege steht. Entsprechende Fürsprecher, die den Parlamentsvorbehalt abschaffen wollen gibt es bereits länger in den Reihen von CDU/CSU und SPD (NEO-Presse berichtet). Aber nicht nur Heimateinsatzverbot und Parlamentsvorbehalt stehen auf der Kippe. In dem Dokument heisst es: «Es wird [...] zunehmend schwierig, den Rahmen einer Einbindung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuhalten.» Die «SZ» berichtet: «Hintergrund ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der Auslandseinsätze nur möglich sind, wenn sich die Bundesrepublik in ein solches System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnet. Zugleich, so der Weissbuch-Text, gebe es mehr und mehr Einsätze, durch «Ad-hoc-Kooperationen» von Staaten. «Angesichts der weiter steigenden sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands» müsse man in der Lage sein, «auch diesen Herausforderungen» Rechnung zu tragen.»

Screenshot Grundgesetz im Artikel http://www.neopresse.com/.../will-die-bundesregierung-das-an... Damit spielt die Bundesregierung auf das Angriffskriegsverbot an. Denn das Grundgesetz (GG) erlaubt in Art. 24, Abs. 2 zwar ausdrücklich die Teilnahme Deutschlands an «einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit zur Wahrung des Friedens» durch «Einordnung» in denselben, aber Angriffskriege sind laut Artikel 26, GG, strikt verboten. Um Auslandseinsätze in fremden Staaten dennoch legal zu gestalten, musste die Bundeswehr bisher in NATO- oder UN-Missionen eingebunden sein. Die Bundesregierung möchte allerdings lieber «Ad-hoc» Krieg führen und zur Not auch ohne «Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit» wie den «Vereinten Nationen» Auslandseinsätze bestreiten. Der Angriffsverbots-Artikel muss dafür also entweder ganz weg oder bis zur Unkenntlichkeit modifiziert werden. ViaTTIP – Aktionsbündnis – Österreich

Quelle: <http://uncut-news.ch/2016/04/17/die-bundesregierung-will-angriffskrieg-verbot-aus-grundgesetz-streichen/> (Erlaubnis liegt vor)

UK-Experte: Einwanderung völlig falsch eingeschätzt – «Muslime werden sich nicht anpassen»

Posted on April 16, 2016 10:50 pm by jolu; Epoch Times, Samstag, 16. April 2016 20:45

Über die Integrationsfähigkeit eingewanderter Muslime wird viel diskutiert und debattiert, wie aber steht es um deren Willen zur Integration? Die Antwort gab der britische Menschenrechts- und Gleichberechtigungsexperte Trevor Phillips. Durch eine Umfrage stellte er fest: «Die Schwierigkeiten der Einwanderung wurden völlig falsch eingeschätzt: Muslime werden sich nicht anpassen!»



Trevor Phillips; Foto: Graeme Robertson/Getty Images

«Anhänger des Islams bilden im Westen nun Nationen unter Nationen», so die Warnung des Experten für Gleichberechtigung, Trevor Phillips, berichtet die «Krone Zeitung».

Phillips war Leiter der britischen Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte (EHCR). Er unternahm eine Studie mit dem Titel «Was britische Muslime wirklich denken». Diese zeigte ihm, dass er «fast alles falsch eingeschätzt habe», so der 62-Jährige. Die Ergebnisse der Studie, die Phillips für den britischen TV-Sender Channel 4 durchführte, werde er nächste Woche detailliert vorstellen.

Hier einige Ergebnisse der Studie vorab, die am Mittwoch im britischen Fernsehen veröffentlicht wird:

- 23 Prozent der Muslime unterstützen eher die Einführung der Scharia, anstelle der Gesetze, die das Parlament beschliesst
- 52 Prozent sind dafür, dass Homosexualität nicht legal sein sollte
- 31 Prozent halten es für korrekt, dass ein Mann das Recht hätte, mehr als eine Frau zu haben
- 39 Prozent der weiblichen und männlichen Muslime meinen, eine Frau habe immer ihrem Mann zu gehorchen

Zu dieser Thematik äussert sich auch die in Deutschland aufgewachsene bosnische Autorin Safeta Obhodjas in einem Interview mit der «Welt»: «Der Koran bietet eine Menge Anlass zu Missverständnissen. Vor allem deshalb, weil er vermittelt, dass eine Frau nur Besitz oder Ware ist.» Viele Muslime, die nach Europa kämen, würden aber nur diese einseitige Auslegung des Korans kennen. «Für Flüchtlinge aus islamischen Ländern ist schon ein Lächeln oder ein freundliches Gesicht eine Einladung.» Sie habe Angst, weil sie wisse, wie das bisher gelaufen sei – es gebe «viele dumme Imame und viel Hass gegen Deutsche.»

«Die Muslime werden unter sich bleiben wollen. Die vorhandenen Ghettos werden grösser und es werden neue entstehen», so die Bosnierin. Integrationsversuche könnten scheitern, so die Autorin weiter – «die Multikulti-Leute wollten nur die netten Seiten der Migration zeigen.» (dk)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/uk-experte-einwanderung-voellig-falsch-ingeschaetzt-muslime-werden-sich-nicht-anpassen/>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER

WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜR'S VOLK!

FREI UND UNENTGELTlich

INSPIRIEREND

S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,

POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!

WELTGESCHEHEN UNTER

DER VOLKSLUPE

S&G



~ AUSGABE 19/16 ~
TERROR

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Terror ist das Schreckensgespenst des 21. Jahrhunderts. Terror meint die systematische Verbreitung von Angst und Schrecken durch Gewaltaktionen, besonders zur Erreichung politischer Ziele*. Sehr einseitig wurde dieses Thema auf terroristische Gruppierungen wie Al Qaida, IS oder sogenannte „Terrorstaaten“ wie Iran oder Nordkorea reduziert. Diese S&G-Ausgabe will das Thema „Terror“ umfassender beleuchten. Zunächst zeigen die Zitate von vier US-Amerikanern, wie es um die „größte Demokratie der Welt“ bestellt ist: Ihre Regierung ist überall auf der Welt in Gewaltaktionen und Terror verwickelt. Terror ist aber auch etwas, mit dem jeder Mensch in Europa konfrontiert ist. Damit sind nicht nur die gelegentlichen Attentate etc. gemeint, sondern vor allem der tägliche Terror, der uns mit Schock- und Spannungsstrategien beeinflusst. Gutgläubigen und wohlmeinenden Menschen wird es toll dreist erscheinen, dass es ihre eigenen Regierungen sind, die ihnen tatsächlich feindselig gegenüberstehen. Doch wie Terror weltweit systematisch eingesetzt wird und auch bis in Ihr Wohnzimmer reicht, davon berichtet diese Ausgabe.

Die Redaktion (sl./fh.)

*Definition lt. Duden

„Die CIA unternahmen Operationen in jedem Winkel des Globus. Sie nahmen sich auch das Recht, total über und jenseits des US-Gesetzes zu operieren. Sie hatten die Berechtigung zu töten, aber sie nahmen sich auch das Recht, Drogen zu schmuggeln... Inzwischen kämpfen sie darum, das US-Rechtssystem derart zu verändern, welches ihnen die Kontrolle über unsere Gesellschaft geben würde [...] Wir organisierten geheime Armeen und dirigierten sie, um auf jedem Kontinent der Welt zu kämpfen. Wir ermutigten ethnische Minderheiten, sich zu erheben und zu kämpfen. Völker wie die Mosquito-Indianer in Nicaragua, die Kurden im Nahen Osten, die Hmongs in Südostasien.“ [1]

John Stockwell, CIA-Offizier

„Wir nennen uns selbst die größte Demokratie der Welt – dabei sind wir absolut eine Plutokratie*! Das ist die offensichtlichste Sache der Welt. Reichtum regiert dieses Land und Reichtum benutzt militärische Gewalt, um den Rest der Welt zu kontrollieren. Als der Iran-Irak-Krieg begann, verloren mehr als eine Million sehr junger Männer ihr Leben. Henry Kissinger sagte am Beginn dieses 8-jährigen Krieges: „Ich hoffe, sie werden sich gegenseitig umbringen.“ Und das war exakt unsere Politik. Der wichtigste Grund für die Probleme des Planeten ist unsere eigene Regierung. So lässt uns eine massive Koalition organisieren, um den Militarismus zu beenden und die ökonomische Ausbeutung durch unsere Regierung.“ [2]

Ramsey Clark, US-Justizminister unter Präsident Johnson

*bedeutet: Herrschaft des Geldadels,
Unterform der Oligarchie – der Herrschaft von wenigen über viele

„Denken Sie daran, die weltweit schlimmste Terrorkampagne ist mit Abstand diejenige, die von Washington aus orchestriert wird. Ich meine die globale Mordanschlagskampagne. Nie gab es eine terroristische Kampagne diesen Ausmaßes.“ [3]

Noam Chomsky, ehem. Professor für Sprachwissenschaft am Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA

„Der größte Händler mit Gewalt auf der Welt ist meine eigene Regierung.“ [4]

Martin Luther King,
US-Bürgerrechtler

Weitere Einblicke in diese dunkle Seite der demokratisch angestrichenen „freien Welt“:

Andreas von Bülow (ehem. SPD-Politiker): „Im Namen des Staates“

Daniele Ganser (Historiker): „NATO-Geheimarmeen: inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung“

Josef Föschepoth (Professor für Geschichte): „Deutschland Überwachungsstaat“

Terror und Krieg = Lüge und Vertuschung

prp. Der Ex-CIA-Agent Robert Baer, der wie andere CIA-Agenten die Aufgabe bekam, einen Regierungswechsel in Jugoslawien vorzubereiten, bekennt in einem Interview mit dem Magazin Britic folgendes: „Ich erhielt Anweisungen, Slowenien bereit zu machen, die Unabhängigkeit zu erklären. Man hatte uns viel Geld gegeben, ein paar Millionen Dollar, um verschiedene NGOs*, Oppositionsparteien und verschiedene Politiker zu finanzieren, die Hass entzündeten [...] Viele CIA-Agenten und hohe Offiziere ver-

schwanden einfach, weil sie sich weigerten, Propaganda gegen Serben in Jugoslawien durchzuführen. Persönlich war ich von der Dosis der Lügen schockiert, was da aus unseren Agenturen kam und Politiker fütterte! Viele CIA-Agenten wurden auch auf diese Propaganda eingestellt, ohne zu wissen, was sie tun [...] Einige CIA-Agenten waren für das Schreiben der offiziellen Erklärungen verantwortlich, die dann von den Sprechern in den Nachrichten abgelesen wurden. Natürlich sind die Nachricht-

ten-Moderatoren blind für das, sie bekamen die Nachrichten von ihrem Chef, und der bekam sie von uns. Jeder hatte die gleiche Mission: durch das Fernsehen Hass und Nationalismus zu verbreiten und die Unterschiede zwischen den Menschen hervorzuheben.“ [5]

*NGO = Nicht-Regierungs-Organisation

Quellen: [1] Youtube.com/watch?v=lfy49-iPH-k [2] youtube.com/watch?v=rNcEG_koNUE [3] http://www.euronews.com/2015/04/17/chomsky-says-us-is-world-s-biggest-terrorist/ [4] www.youtube.com/watch?v=Oc1Ru2p80fu [5] https://propagandaschau.wordpress.com/2015/12/04/ex-cia-agent-robert-baer-siegaben-uns-millionen-um-jugoslawien-zu-zerstueckeln/

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

„Der „Krieg gegen den Terror“ ist schon als Begriff unsinnig, denn Krieg ist die extremste Form von Terror. Offensichtlich ist dies eine Ablenkung vom wirklichen Terror, der seine Wurzeln in der Allmacht des großen Geldes einiger weniger hat. Diese ziehen ihren Reichtum vor allem aus Kriegen, Krisen, Krankheiten und Staatsschulden und nutzen das grausige Terror-Spiel geopolitisch im Sinne ihrer „Neuen Weltordnung“. Ihre Erfolgs-garantie ist die Trägheit und Ignoranz der Massen.“

Frank-Rüdiger Halt, Autor und ehem. Gymnasiallehrer

Vom CIA-Agent zum System-Kritiker

fh. Philip Agee war CIA-Agent von 1957 bis 1969. Seine Aufgaben waren die Destabilisierung und der Sturz von Regierungen, die der US-Regierung nicht genehm waren. Sein kritisches Erweckungserlebnis hatte er 1965 in Montevideo/Uruguay, als er in der Polizeizentrale miterlebte, wie ein politisch Verdächtiger gefoltert wurde. Als Agee dagegen protestierte, stellten die Beamten einfach das Radio lauter, um die Schreie des Gefolterten vom Gebrüll des übertragenen Fußballspiels zu übertönen. Als er feststellte, dass zudem süd-amerikanische Militärdiktaturen und deren Killerkommandos von der CIA sowie der US-Regierung aktiv unterstützt wurden und die CIA weltweit für den Tod von Tausenden verantwortlich ist, wurde er zum entschiedenen System-Kritiker. [6]

„Die CIA ist schließlich nichts anderes als die Geheim-polizei des amerikanischen Kapitalismus, die Tag und Nacht die politischen Dammbrüche zuschauert, damit die Aktionäre der in den armen Ländern operierenden US-Gesellschaften weiterhin Gewinne einstreichen können.“

Philip Agee, Tagebucheintrag

Manipulation des Unterbewusstseins durch versteckte Botschaften*

nm. Eine häufig angewandte Manipulationstechnik unserer digitalen Medienwelt ist die Verwendung von unterschweligen Botschaften, die in Filmen, Musik, TV oder Radiosendungen versteckt sind. Bei dieser Methode wird der bewusste Verstand umgangen, um bestimmte Informationen in unser Unterbewusstsein zu transportieren. Dabei werden visuelle oder akustische Reize genutzt, die unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen liegen, wohl aber von unserem Unterbewusstsein aufgenommen und verarbeitet werden. Mit hoher Geschwindigkeit werden gezielt Einzelbilder oder Botschaften in Filmsequenzen eingebettet, oder Aufforderungen werden unhörbar in die Hintergrundmusik eingebettet und gebetsmühlenartig wiederholt. Diese können dann unser Verhalten beeinflussen, ohne dass die Ursache der Beeinflussung erkannt wird. Unterschwellige Botschaf-

ten konnten in der Filmindustrie, in der Werbeindustrie, in Einkaufszentren und sogar in der Politik, z.B. beim Wahlkampf, festgestellt werden. Einen sicheren Schutz gegen diesen Gedanken-Terror gibt es nicht – außer den Konsum digitaler Medien auf das Nötigste zu reduzieren. Denn wer möchte schon ungefragt mit nicht selbstbestimmten und nicht frei gewählten Informationen manipuliert werden? [9]

*Subliminal messages

Quellen: [6] Philip Agee, CIA Intern. Tagebuch 1956–1974 [7] www.eike-klima-energie.eu/climategate-anzeige/das-maerchen-vom-konsens/ | www.anti-zensur.info/azkmediacenter.php?mediacenter=conference&topic=5&id=26 | www.anti-zensur.info/azkmediacenter.php?mediacenter=conference&topic=1&id=11 | www.welt.de/wirtschaft/article5479382/Die-verborgenen-Kosten-des-Klimaschutzes.html [8] Infodienst Zukunft CH, Dez. 2015, Artikel „Cyberkrank“ | www.zukunft-ch.ch/de/themen/werte_und_gesellschaft/?newsid=2843 [9] www.warum-wir-krank-werden.ch/533578995c0c6a106/index.html | www.youtube.com/watch?v=aNqSUIZqoXY

Schlusspunkt •

Diese Ausgabe entstand im Rahmen eines S&G-Gästetages unter Mitwirkung von Menschen, die die S&G nicht nur gut finden, sondern sich aktiv an ihrer Entstehung und Verbreitung beteiligen. Schicken Sie uns nicht einfach Ihre Links und Buchauszüge! Machen Sie diese Informationen für Hunderttausende zugänglich und verständlich, indem Sie S&G-Artikel daraus erstellen! Kostenlose und inspirierende Schulungen finden auch in Ihrer Nähe statt.

Die Redaktion (sl.)

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 16.4.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



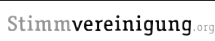
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

Mehr als drei Millionen US-Soldaten sind überall auf der Welt im Einsatz

Posted on April 16, 2016 9:54 pm by jolu



Die US-Militärpräsenz nimmt weltweit zu. Auf jedem Kontinent besitzen die USA mittlerweile Stützpunkte.

Foto: U.S. Army Europe Images / flickr (CC BY 2.0); 16. April 2016 – 11:00

Nach aktuellen Angaben des US-Verteidigungsministeriums ist momentan die unglaubliche Anzahl von mehr als drei Millionen US-Soldaten überall auf der Welt aktiv. Auf fremdem Territorium befinden sich dabei knapp 251 000 GI's, im eigenen Land sind circa 2,7 Millionen Soldaten und anderes militärisches Personal stationiert.

US-Stützpunkte auf jedem Kontinent

Sieht man sich die Karte mit der Verteilung von US-Militäreinrichtungen an, so wird deutlich, dass die selbst-ernannte 'Weltpolizei' auf jedem Kontinent militärisch massiv präsent ist. Allein in Europa und Japan unterhalten die USA dutzende Militärstützpunkte. Die fünf grössten Stützpunkte besitzen die Dimensionen von grösseren Städten. Insgesamt unterhalten die USA 700 bis 800 Militärbasen weltweit mit einer Gesamtfläche von mehr als zwei Millionen Hektar. Das macht das Pentagon zu einem der grössten Landbesitzer der Welt. Die Stützpunkte gliedern sich dabei in Luftwaffenstützpunkte, Landstützpunkte, Marinebasen und Kommunikations- und Spionagebasen. Um viele der Letztgenannten wird aber ein Geheimnis gemacht, wie etwa in Südamerika oder Afrika.

US-Militärpräsenz wegen Ressourcen und politischem Einfluss

Militärisches Personal ist in 156 der 193 Staaten der Erde aktiv. Hinzu kommen 30 Militärbasen der NATO, die hauptsächlich in Westeuropa liegen. Die jährlichen(!) Kosten für das Verteidigungsministerium belaufen sich mittlerweile auf 640 Milliarden US-Dollar. Die meisten Stützpunkte gelten dem Schutz von strategischen Energieressourcen, etwa in der arabischen Region, aber auch in Südamerika. Ebenso sollen die Stützpunkte zur Bekämpfung von nicht US-treuen politischen und sozialen Bewegungen dienlich sein, wie etwa in Ecuador, Indonesien oder auf den Philippinen. Die Expansion von US-Militärpersonal in alle Regionen der Welt hält angesichts des Konfliktes mit Russland ebenfalls ungebrochen an, wie unzensuriert.at berichtete.

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/mehr-als-drei-millionen-us-soldaten-sind-ueberall-auf-der-welt-im-einsatz/>

Kein Thema für die Lügenpresse: Ein Nazi wird Parlamentspräsident der Ukraine

Sonntag, 17. Apr. 2016; Posted by Dok in Allgemein



Am Donnerstag berichteten die gleichgeschalteten deutschen Mainstreammedien über die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten in der Ukraine. Eine der von Washington installierten Marionetten, Arsenij Jazenjuk, musste wegen Korruption, Inkompetenz und fehlendem Rückhalt in Parlament und Bevölkerung das Feld für eine andere Marionette räumen.

Was die Lügenpresse geflissentlich unter den Teppich kehrte – und das ist tatsächlich keine Satire: Am gleichen Tag wurde der Mitbegründer der 'Sozial-Nationalistischen Partei' der Ukraine, Andrej Parubij, zum Parlaments-



präsidenten der Rada gewählt. Die «Sozial-Nationalistische Partei» war der Vorläufer der Svoboda und bezog sich in der Namenswahl direkt auf die NSDAP, wie sogar der Spiegel 2014 berichtete – freilich nur in der englischen Ausgabe:

«...anti-Semitism is part of the extremist party's platform; until 2004, they called themselves the Social-National Party of Ukraine in an intentional reference to Adolf Hitler's National Socialist party.» (SPIEGEL)



Andrej Parubij mit seinen «demokratischen» Schlägertrupps auf dem Maidan

Für westliche «Demokraten», wie seinem deutschen Kollegen Lammert oder EU-Parlamentspräsident Schulz, ist Parubij sicherlich genau der richtige Ansprechpartner.

Quelle: <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/04/17/kein-thema-fuer-die-luegenpresse-ein-nazi-wird-parlamentspraesident-der-ukraine/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz